

Lebensweise - unterschätzte Kategorie im Schatten der Ökonomie

Peter Bartelheimer/Klaus Peter Wittemann

Seit August 2000 koordiniert das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) einen Verbund sozialwissenschaftlicher Institute¹, der mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland konzipiert und entwickelt (Baethge/Bartelheimer 2002). Der erste Bericht des Verbunds soll im Herbst 2003 unter dem Titel „Arbeit und Lebensweisen“ erscheinen.

Das Konzept der sozio-ökonomischen Entwicklung soll als integrierende Fragestellung dienen, um empirische Befunde aus verschiedenen gesellschaftlichen Beobachtungsfeldern zusammenführen und aufeinander zu beziehen. Wie die Titelwahl für den ersten Bericht zeigt, erwies sich der in den Sozialwissenschaften nicht neue, aber keineswegs allgemein gültig definierte Begriff der Lebensweise dabei als wesentlich für das Verständnis der Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung.

In diesem Beitrag soll die Eignung dieses Begriffs für eine sozio-ökonomische Berichterstattung zur Diskussion gestellt werden. Der erste Teil ruft einige theoretische Probleme in Erinnerung, die sich bei der Bestimmung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft stellen. Der zweite Teil stellt ein Modell sozio-ökonomischer Entwicklung vor, das Lebensweise nicht nur als Resultat von Ökonomie und Politik, sondern als relativ autonomes Moment sozioökonomischer Entwicklung auffasst, und erörtert seine Voraussetzungen. Der dritte Teil präsentiert exemplarische Überlegungen zu den ökonomischen Impulsen, die von veränderten Lebensweisen ausgehen können.²

1. Primat der Ökonomie oder Wirtschaft in der Gesellschaft?

Zahlreiche Ökonomen mögen vergessen haben, dass ihre Fachdisziplin zu den Gesellschaftswissenschaften zählt. Doch die wenigsten würden so weit gehen zu behaupten, dass die Wirtschaft außerhalb der Gesellschaft steht, und niemand würde bestreiten, dass die ökonomische und die soziale Entwicklung von Ländern oder Ländergruppen einen Zusammenhang bilden. Die Frage ist jedoch, wie dieser Zusammenhang beschaffen ist und welches die bestimmenden Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung sind. Und wie es um die gesellschaft-

liche Einbettung der Ökonomie bestellt ist, bewegt nicht nur wissenschaftliche, sondern auch praktische Gemüter.

Ein gängiger und nicht immer unbegründeter Vorwurf an die marxistische Theorietradition lautet, sie versuche gesellschaftliche Entwicklung allein aus der Ökonomie zu erklären. Zwar hat Marx diesen Vorwurf des ökonomischen Determinismus etwa durch seine Beiträge zur politischen Geschichtsschreibung und durch seine Darstellung gesellschaftlicher Regulierung der Ökonomie am Beispiel des 8-Stunden-Tags widerlegt. Doch Engels hat eingeräumt, bei Formulierung des „Hauptprinzips“,

1 Weitere Verbundinstitute: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (IAB), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen (INIFES), Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München (ISF); Materialien auf der SOFI-Website <http://www.sofi-goettingen.de/unter: Forschungsprojekte/„Sozio-ökonomische Entwicklung“>

2 Der vorliegende Text wurde zum Zweck der Selbstverständigung vor der Schlussredaktion des Berichts erstellt. Daher stehen die Klärung von Begriffen und die Auswertung von Literatur im Mittelpunkt; Ergebnisse der Berichterstattung werden dagegen nicht präsentiert. Auch die manchmal sperrige Darstellung erklärt sich aus dem Werkstattcharakter des Textes.

„das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte“ seien „Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“, habe man nicht immer „die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen lassen“ (1967, S. 463 f.)

Aber auch andere Theorietraditionen sind bei der Charakterisierung des sozioökonomischen Entwicklungszusammenhangs versucht, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Anhängsel der Ökonomie zu behandeln. Hier auf verweist Mayer mit seinem Einwand, Konzepte wie „industrielle Arbeitsgesellschaft“ und „post-industrielle Lebensweise“ seien „viel zu grob“, um die Prozesse und Mechanismen zu verstehen, „über die gesamtgesellschaftlicher Wandel durchgesetzt und abgearbeitet, aber auch angestoßen und bewirkt wird“ (1995, S. 27 f.) Hradil und Immerfall wenden gegen die herkömmlichen Modernisierungstheorien kritisch ein, dass sie sich durchweg „auf Institutionen, Organisationen und materielle Gegebenheiten“ beziehen (1997, S. 14).

Die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte der letzten Jahrzehnte spielt vor dem Hintergrund ökonomischer Krisenerscheinungen und anhaltender Unterbeschäftigung. Vor dieser Kulisse erscheinen die hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der Nachkriegsprosperität und ihre sozialen Erträge, etwa hohe Beschäftigungsquoten, steigender Lebensstandard und Angleichung von Lebenschancen, also alle Faktoren, welche die Lebensweise positiv beeinflussen, in mancher Hinsicht als ein vergangenes ‚goldenes Zeitalter‘ (Marglin/Schorr 1990, Hobsbawm 1994, Esping-Anderesen 1999). Mal implizit, mal explizit umkreist der politische Diskurs die Frage, ob es einen Weg zu einer neuen Konstellation gleichgerichteter ökonomischer und sozialer Entwicklung gibt. Dass dabei der Schluss von einer bestimmten Produktionsweise auf die gesellschaftliche Lebensweise oft so kurz gerät, verweist auf hartnäckige Grundprobleme der Gesellschaftstheorie.

1.1. Einbettung der Ökonomie: Marktgesellschaft oder Sozialmodell

Im wissenschaftlichen wie im politischen Diskurs über die gesellschaftliche Einbettung wirtschaftlicher Leistung stehen sich ein pessimistisches und ein optimistisches Deutungsmuster gegenüber. Der pessimistischen Richtung lassen sich sowohl die Maximen des ‚Neoliberalismus‘ als auch kritische Wortmeldungen gegen den globalisierten „Terror der Ökonomie“ (Forrestier 1999) zuordnen. Eine optimistische Gegenposition nehmen im politischen Raum vor allem zwei Strategiekonzepte ein, die ‚Lissabon-Strategie‘ der Europäischen Union und die Strategie der nachhaltigen Entwicklung.

Pessimistische Deutungen: Kolonialisierung und Vermarktlichung der Lebenswelt

In pessimistischer Deutung ist die gesellschaftliche Einbettung der Marktökonomie Gegenstand eines Kampfes, in dem es viel zu verlieren, aber wenig dauerhaft zu gewinnen gibt. Vom Standpunkt ‚neoliberaler‘ Wirtschaftsmodelle sind die Schuldigen für das Ende der industriekapitalistischen Erfolgsgeschichte rasch ausgemacht: es sind soziale Strukturen oder politische Regulierungen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten haben und nun der ökonomischen Dynamik Fesseln anlegen. Allen Therapieansätzen, die aus dieser Eingangsdiaagnose hervorgehen, ist gemeinsam, dass sie die Anpassung der Gesellschaft an ‚alternativlose‘ ökonomische Imperative zur Voraussetzung für die Mobilisierung wirtschaftlicher Wachstumskräfte erklären, die später dann - so das Versprechen - von selbst auch wieder soziale Erträge abwerfen würden.

Es erscheint nur auf den ersten Blick paradox, dass auch die Kritiker des (Neo-)Liberalismus dessen pessimistische Interpretation der Beziehungen zwischen Ökonomie und Gesellschaft teilen. Wollen die einen, dass die Gesellschaft die Wirtschaft in Ruhe lässt, so warnen die anderen genau davor. Gemeinsam ist beiden Positionen

die Überzeugung, die Beziehung des wirtschaftlichen Teilsystems zum Ganzen könne nur negativ sein. Die Grundfigur dieses kritischen Pessimismus stammt von Polanyi, der bereits 1944 die Verallgemeinerung der Warenform und des marktförmigen Tauschs als Entkopplung der Ökonomie von der Gesellschaft beschrieb. In den vorkapitalistischen Gesellschaften sei das Wirtschaftssystem in die Gesellschaft integriert gewesen. Erst über die Verbindung einzelner Märkte, die zuvor „bloß ein zusätzlicher Faktor eines institutionellen Rahmens“ gewesen waren, entstehe eine kapitalistische Marktwirtschaft. Ein ökonomisches System aber, „das ausschließlich von Märkten kontrolliert, geregelt und gesteuert wird“, behandle zwangsläufig „die Gesellschaft als Anhängsel des Marktes“ (1978, S. 102, S. 88). Die Anwendung der „Warenfiktion“ auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Boden³ müsse in der Zerstörung der Gesellschaft enden, erzeuge deren „Selbstschutz“ nicht in der Staatsintervention eine Gegenbewegung, welche die Freiheit des Marktes in Bezug auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Geld einschränkt (S. 182 f., S. 332). Dies hat nach Polanyi ein gegensätzliches „Wirken zweier Organisationsprinzipien innerhalb der Gesellschaft“ (S. 185) zur Folge: Marktregulation einerseits und gesellschaftliche Regulation durch Planung und Kontrolle andererseits liegen im Widerstreit.

Vor dem Erfahrungshintergrund von Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Weltkrieg war Polanyis Überzeugung, die liberale Utopie der reinen Marktgesellschaft müsse in einer gesellschaftlichen Katastrophe enden, alles andere als spekulativ. In den kapitalistischen Demokratien fand daher die Suche nach Formen gesellschaftlicher Regulation der Ökonomie breite politische Zustimmung. Es gab bestimmte Lösungen für diesen Widerstreit zweier Prinzipien, die heute problematisch sind. Nun befürchten viele Gegenwartsdiagnosen von Habermas bis Bourdieu, dass mit der alten Form dieser von Polanyi für unverzichtbar erklärte Selbstschutz der Gesellschaft überhaupt in Frage steht.

Der Widerstreit systemischer und sozialer Integrationsmechanismen bildet die Grundfigur der zahlreichen kritische Beiträge von Habermas zur Zeitdiagnose. Als Lebenswelt bezeichnet Habermas (1987, S. 226 ff.) die Sphäre kommunikativen Handelns oder sinnhafter, an Normen und Werten orientierter sozialer Interaktion. Soziale Integration, also „die Koordinierung von Handlungen über legitim geregelte interpersonale Beziehungen“ (1987, S. 213), wird vor allem in der Privatsphäre und über die politisch-kulturelle Öffentlichkeit geleistet (1992). Ihre Systemintegration dagegen sichern funktional differenzierter Gesellschaften nach Habermas (der hier T. Parsons folgt) über Markt und Organisation, also über die anonymen und abstrakten Handlungszusammenhänge der Ökonomie sowie der Politik und Verwaltung, für die Geld und Macht die charakteristischen Steuerungsmedien bilden (1987, S. 176). Systemintegration kann Sozialintegration nicht ersetzen; insofern bleibt „die Lebenswelt das Subsystem, das den Bestand des Gesellschaftssystems im Ganzen definiert“ (1987, S. 223, S. 230). Doch monetäre und administrative Steuerungsmechanismen können die sozialen Ressourcen alltagsweltlicher Handlungsbereiche aufzehren; die Lebenswelt kann kolonialisiert werden (ebd., S. 522). Eine positive, auf Wertkonsens gestützte „Aufhebung“ eines kapitalistisch verselbständigten Wirtschafts- und eines bürokratisch verselbständigten Herrschaftssystems“ scheint Habermas nicht mehr realistisch, sondern nur mehr „die demokratische Eindämmung der kolonialisierenden Übergriffe der Systemimperative auf lebensweltliche Bereiche“ (1990, S. 36). Da moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften keine einheitliche soziokulturelle Lebensform, also keine unmittelbar gemeinsam erfahrene Lebenswelt mehr kennen, kann sich die „sozialintegrative Kraft der Solidarität (1987, S. 359) nur auf ein Geflecht zivilgesellschaftlicher Strukturen, auf Verfahrensregeln der Öffentlichkeit und auf das Medium des Rechts stützen (Heming 2000). Doch in dem Maße, wie sich eine globalisierte Wirtschaft dem Zugriff des regulatorischen Staates entzieht, argwöhnt Habermas, „die selbständig gewordenen systemischen Abläufe“ könnten „längst alle durch politische Kommunikation gestifteten Zusammenhänge abgehängt haben“ (1996, S. 146).

3 Weitaus weniger überzeugend zählt Polanyi auch das Geld als „Symbol für Kaufkraft“ zu den fiktiven Waren (ebd., S. 107, S. 264 ff.).

Während die neuere Wirtschaftssoziologie uns darüber beruhigen will, dass auch die Marktakteure weiter auf soziale Normen, Netzwerke und Vertrauen angewiesen bleiben (Beckert 1999; vgl. Neckel 2003), trauen die Globalisierungsgegner der Marktlogik und der ihr verpflichteten neoliberalen Theorie die Fähigkeit zu, ihr „Programm der planmäßigen Zerstörung der Kollektive“ tatsächlich wahr zu machen (Bourdieu 1998). Bourdieu sieht einen tiefen Bruch in der europäischen Gesellschaftsentwicklung seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts (Schimank 2000, S. 196): Mit der Durchsetzung neoliberaler Maximen in Unternehmen, Politik und Wissenschaft drohe die „Rückkehr zu einer Art des Raubkapitalismus“ und die fortschreitende Zerstörung eines zivilisatorischen Modells, „das auf einer zumindest teilweisen Zähmung der archaischen Kraft des Marktes beruht“ (Bourdieu 1998, S. 44, 8)

Auch Neckel (2003) spricht von der „Wiederkehr einer modernen Marktgesellschaft“, in der sich die Unterscheidung von Markt und Gesellschaft zunehmend aufzulösen beginnt und in der sich die „institutionellen Formen des modernen Kapitalismus (...) aus der Regulation des wirtschaftlichen Wettbewerbs durch limitierende Sozialnormen sukzessiv herauslösen und dabei die relative Vielgestaltigkeit in den modernen Regeln der Ressourcenverteilung - Recht, Bedürftigkeit, Solidarität - auf das schließlich vorherrschende Prinzip von Angebot und Nachfrage reduzieren“ (S. 8 f.) Ein „Zusammenspiel“ der verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen gebe es demnach künftig nur noch, indem sich „die Sphären der sozialstaatlichen Integration, der politischen Willensbildung und der privaten Lebensführung“ vermarktlichen, also „den Imperativen ökonomischer Märkte wesentlich anpassen“ (S. 9). Wo Polanyi auf andere, nicht vom Kapitalismus bestimmte „Formen der sozialen Selbstregulation“ setzte, die „noch einen Kontrast zur Marktlogik bilden konnten“, fragt sich Neckel, ob die Marktgesellschaft diese normativen Ressourcen „nicht restlos verzehrt“ (S. 16 f., 20).

Optimistische Deutungen: Sozialmodell

Jedoch führten der ausbleibende ökonomische Erfolg des ‚neoliberalen‘ Paradigmas und der Widerspruch, den es herausforderte, in den letzten Jahren auch zu einer politischen Gegenbewegung, welche die Frage nach der Einbettung oder Regulierung der Ökonomie optimistischer beantwortet. Diese optimistischen Deutungen finden sich aber weniger in Zeitdiagnosen als vielmehr in politisch-normativen Strategiekonzepten, die eine gemeinsame Optimierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungsziele anstreben. Von politischer Bedeutung sind vor allem das Konzept des europäischen Sozialmodells und das der sozialen Nachhaltigkeit.

Leitbilder wie ein modernisiertes europäisches Sozialmodell (Rat der Europäischen Union 2001) oder ein neu ausbalanciertes Modell Deutschland (Zukunftskommission 1998) können als „Programm einer wechselseitigen, politisch vermittelten Indienstnahme der Ökonomie für die Gesellschaft und der Gesellschaft für die Ökonomie“ (Aust u.a. 2000, S. 14) bezeichnet werden. Die Gesellschaft wird als außerökonomische Voraussetzung der Ökonomie wieder entdeckt, auch wenn ihre Berücksichtigung eher funktional als normativ begründet wird: „Zum einen erfolgt eine politische Regulierung der Ökonomie zugunsten der gesellschaftlichen Integration. ... Zum anderen erfolgt eine politische Regulierung der Gesellschaft zugunsten des ökonomischen Wachstums“ (ebd.).

Die ‚Lissabon-Strategie‘ der „Modernisierung und Verbesserung des europäischen Gesellschaftsmodells“, an der sich die Europäische Union seit dem Lissaboner Gipfel des Europäische Rats im März 2000 orientiert, soll die Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt (...) machen - (zu) einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (Rat der Europäischen Union 2001). Erreichen soll dies ein ‚policy mix‘ (Europäische

Kommission 2001; vgl. Ferrera et al. 2000, S. 14.): „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum bei niedriger Inflation und gesunden öffentlichen Finanzen sind unerlässliche Voraussetzungen für Beschäftigungswachstum und stärkeren sozialen Zusammenhalt. Ein hoher Sozialchutzstandard und eine zielgenaue Sozialpolitik sind erforderlich, soll die Wirtschaft den Wandel bewältigen und sich eine leistungsstarke und gut geschulte Erwerbsbevölkerung herausbilden. Der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung stärkt den sozialen Zusammenhalt und die Wettbewerbsfähigkeit, und die Anhebung der Beschäftigungsquote wird es ermöglichen, auf Dauer die soziale Sicherung zu finanzieren. (...) Der zu entwickelnde Policy Mix soll einen ‚circulus virtuosus‘ des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts schaffen, die Wechselwirkung zwischen den Politikbereichen widerspiegeln und die wechselseitige Beeinflussung optimieren.“ (Europäische Kommission 2001, S. 13.) Von solcher Rhetorik sind zweifellos viele Abstriche zu machen. Auch ist zu fragen, ob die EU hier nicht eher die alten, für die Nachkriegsprosperität typischen positiven Rückkopplungen zwischen ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung beschreibt als eine „modernisierte und verbesserte“ Version. Doch bemerkenswert bleibt, dass damit die Vorstellung, ökonomische Dynamik sei nicht selbstregulierend, sondern gesellschaftlich eingebettet, und die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Politikbereiche sei positiv gestaltbar, in den Kanon offizieller EU-Programmatik eingegangen ist. „By and large, the European social model allows for a more socially acceptable and peaceful adjustment to international economic pressures thanks to the more developed welfare state and better employment relations. Europe’s comparative advantage continues to lie in its capacity for avoiding large inequalities, allowing long-term skill-investment, and social protection against all major social risks.“ (Ferrera et al. 2000, S. 14.)

Gegen die ‚Lissabon‘-Strategie zur Modernisierung des europäischen Sozialmodells lässt sich einwenden, dass ihr Zielkatalog die wechselseitige Verstärkung ökonomischer und gesellschaftlicher Dynamik „auf den Zu-

sammenhang von Erwerbssphäre und sozialer Sicherung“ verengt (Baethge/Bartelheimer 2002, S. 34), dass wirtschaftliche Ziele dominieren und gesellschaftliche Bedürfnisse weniger aus eigenem Recht denn als außerökonomische „Wettbewerbsfaktoren“ Berücksichtigung finden.⁴

Lässt sich die Strategie einer Modernisierung des europäischen Sozialmodells wie das deutsche Vorläuferkonzept, die Suche nach einem neuen „stimmigen und robusten ‚Modell Deutschland‘“⁵ als ‚aufgeklärtes Primat der Ökonomie‘ bezeichnen, so erklären die politischen Strategiekonzepte nachhaltiger Entwicklung, wie sie seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (UNCED) auf internationaler, staatlicher und lokaler Ebene formuliert wurden, ökologische und soziale Aspekte menschlicher Entwicklung gegenüber ökonomischen Zielen normativ für gleichberechtigt und gleichwertig (Hauff 1987, BMU 1993, Deutscher Bundestag 1998). Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (2002) definiert für eine „Strategie, welche die ökonomische, ökologische und soziale Dimension in einer integrierten Sicht zusammen führt, vier Ziel-„Koordinaten“: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt und Internationale Verantwortung. Diese Ziele sollen die Grundlage „für weitere politische Reformen wie auch für ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern“ sein.

4 Als wissenschaftliche Reaktion auf diese Strategie liegt daher der Vorschlag nahe (Aust u.a. 2000S. 11 ff.), das Konzept breiter anzulegen und nicht nur von einem „europäischen Sozialpolitik-Modell“, sondern von einer „europäischen Gesellschaftsformation“ als einem „Ensemble politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Institutionen“ zu sprechen (ebd.; vgl. auch Therborn 2000, Hradil/Immerfall 1997). Sehr fraglich ist allerdings, ob die Gemeinsamkeiten etwa gegenüber den USA oder Japan die Unterschiede in den Entwicklungspfaden und institutionellen Arrangements der europäischen Gesellschaften hinreichend überwiegen, um dieses Konzept zu rechtfertigen.

5 Bereits zwei Jahre vor ‚Lissabon‘, im Jahre 1998, hat die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung für Deutschland ein ähnliches „Anforderungs-Dreieck“ von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit aufgestellt und einen „ausbalancierte(n) Lösungsansatz“ befürwortet, der alle drei Ziele simultan beachtet und so „im Ergebnis wieder zu einem in sich stimmigen und robusten ‚Modell Deutschland‘ unter den absehbaren Rahmenbedingungen der nächsten Jahrzehnte führen“ soll (Zukunftskommission 1998, S. 150 f.).

Nachhaltigkeitskonzepte fordern also die Einbindung der Ökonomie in ein gesellschaftliches Zielsystem, das gemeinsam optimiert werden soll: „Zentrales Ziel des Nachhaltigkeitsanliegens ist die Sicherstellung und Verbesserung ökologischer, ökonomischer und sozialer Leistungsfähigkeiten. Diese bedingen einander und können nicht teilloptimiert werden, ohne Entwicklungsprozesse als Ganzes in Frage zu stellen.“ (Deutscher Bundestag 1998, S. 19.) Von der ‚Lissabon‘-Strategie der EU unterscheiden sich die Nachhaltigkeitsstrategien zunächst durch eine größere Distanz zum politischen Entscheidungsprozess, also ein noch ungünstigeres Verhältnis zwischen Rhetorik und politischer Praxis, zwischen Leitbild und Umsetzung. Hinzu kommen eigene konzeptionelle Unschärfen. Um die schon in den 90er Jahren beklagte Verflachung des Nachhaltigkeitsbegriffs zu einer Allerweltsformel (Busch-Lütj 1992) umzukehren, müssten vor allem die ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitsregeln präzisiert werden. Gerade hier aber, so stellte die Enquête-Kommission des Bundestags 1998 fest, bewegt man sich auf einem ungesichertem Gebiet, über das „weder ausreichende wissenschaftliche Grundlagen (...) zur Verfügung stehen noch eine ausführliche politische Debatte geführt werden konnte“ (Deutscher Bundestag 1998, S. 19). Empacher und Wehling (2002, S. 43) bezweifeln prinzipiell, ob die soziale Dimension von Nachhaltigkeit „in vergleichbarer Weise wie die ökologische Dimension durch ein Set einfacher und mehr oder weniger konsensfähiger ‚Management-Regeln‘ konkretisiert und beschrieben werden“ könne. An den vorliegenden Konzepten sozialer Nachhaltigkeit bemängeln sie vor allem den ständigen Perspektivenwechsel zwischen Zielen, die sich auf den Zusammenhalt des sozialen Systems beziehen, und Zielen für die Lebensbedingungen der Individuen, sowie „eine unausgesprochene Tendenz“, diese „eher im Sinne der Themenbereiche der Sozialpolitik zu verstehen“ (ebd., S. 13, S. 44).

1.2. Der Beobachtungszeitraum: Trend oder Formation

Wie schon eine kursorische Lesung sehr verschiedener Autoren und Strategieansätze zeigt, bewegt sich Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung mitten in einer anhaltenden Kontroverse darüber, welches Maß an Autonomie man dem ökonomischen Teilsystem gegenüber der Gesellschaft beimisst und wo die bestimmenden Triebkräfte für Veränderungen ihres Zusammenspiels liegen. Versucht man wirtschaftliche und soziale Entwicklungen im Zusammenhang zu betrachten, wird man jedoch noch eine zweite grundlegende theoretische Wahl treffen müssen, die Auswirkungen auf die erste hat.

Die eine Option besteht darin, die sozio-ökonomische Entwicklung als Durchsetzung langfristiger Trends zu interpretieren. Trendbegriffe verweisen auf Theorien von säkularer historischer Reichweite. Dabei lassen der lange Zeithorizont und das dadurch bedingte hohe Abstraktionsniveau die Elemente von Kontinuität in den gesellschaftlichen Strukturen stärker hervortreten als die Veränderungen. Zeitgenössische Entwicklungssprünge erscheinen dann entweder als Phänomene des Übergangs von einem stabilen Ausgangszustand in eine neue, möglicherweise grundlegend andere sozio-ökonomische Struktur (z.B. von der Industrie- zur Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft). Oder der aktuelle ökonomische und soziale Wandel wird nur mehr als Moment von Normalität und grundlegender Stabilität aufgefasst (kritisch: Lutz 1984, S. 35 f.). Zapf (2003, S. 13) deutet die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte als „Dreischritt der Modernisierung“: „erstens der Durchbruch der Pioniergesellschaften seit der industriellen und der politischen Doppelrevolution ab dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts; zweitens die seitdem und bis heute weltweit wirksamen Aufhol- und Nachholbemühungen der anderen Länder und die sich daraus ergebende internationale Konkurrenz; drittens die ständigen Herausforderungen für entwickelte Gesellschaften wie für Nachzügler, mit neuen Problemen fertig zu werden, produktiv durch Innovationen und Reformen, destruktiv

durch Krieg und Gewalt“. Bei einem solchen Modell kann leicht der Eindruck entstehen, alles grundlegend Neue habe sich bereits ereignet, der ‚soziale Wandel‘ wird selbst zu einem Moment der Kontinuität.⁶ Was aber wird in dieser ‚großen (historischen oder theoretischen) Erzählung‘ aus dem ‚Muster von Boom und Depression, Wachstumsspurts, Stagnation und Erholung‘, welches Zapf in den modernen Gesellschaften gleichfalls sieht (1989, S. 178)?

Zwar können auch Trendbeschreibungen Beziehungen zwischen ökonomischen und sozialen Entwicklungen zum Gegenstand haben: Welche sozialen Folgen hat etwa die Ablösung von Industriearbeit durch Dienstleistungs- oder ‚wissensbasierte‘ Arbeit? Doch verstärkende oder störende Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und sozialen Veränderungen lassen sich nur schwer zum Gegenstand einer solchen ‚großen Erzählung‘ machen, in deren Logik es liegt, einen Faktor oder wenige Faktoren als bestimmende oder unabhängige Variable(n) zu identifizieren. In dieser Sicht unterstellen Trendtheorien ‚in verkappter geschichtsphilosophischer Manier einen kausalen oder finalen Motor gesellschaftlicher Entwicklung‘ (Mayer 1995, S. 44). Und dabei geraten die ‚weichen‘ sozialen Triebkräfte von Veränderung gegenüber den ‚harten‘ ökonomischen oder institutionellen rasch ins Hintertreffen. Nimmt man etwa die drei großen Trends, die zur Beschreibung gegenwärtiger Gesellschaften wohl am häufigsten genannt werden: Globalisierung, Tertiarisierung, Alterung, so steht es immer schon 2:1 für die Ökonomie gegen die Gesellschaft. Demographische Kennziffern wie die Kinderzahl je Frau verweisen dann auf letzte Rückzugsgebiete gesellschaftlichen Eigensinns. ‚Herkömmliche Modernisierungstheorien‘, so Hradil und Immerfall (1997, S. 14) konzipierten ‚die Sphäre des Kulturellen, des Subjektiven, der Lebensweisen der Menschen in aller Regel als träge, als langsam, als dem Modernisierungsprozess hinterherhinkend‘. Will man nun aber im Rah-

men einer Trendtheorie dem kritisierten Primat der ‚objektiven‘ ökonomischen oder institutionellen Entwicklungslogik begegnen, liegt die Versuchung nahe, eine ‚subjektive‘, ‚personengebundene‘ Modernisierung zum Gegenteil auszurufen, die noch weniger überzeugt. Zwar bleibt für Hradil und Immerfall die ‚Standardisierung von ‚objektiven‘ Lebensverhältnissen und formalen Organisationen‘ effizient und unerlässlich ‚zur Abdeckung von Grundbedürfnissen‘. Doch sehen sie in der Vielfalt europäischer Gesellschaften heute eine ‚vorwärtstreibende Kraft des ‚subjektiven‘ Alltagsverhaltens, der individuellen Einstellungen und soziokulturellen Strömungen‘ (S. 18) am Werk; es seien die ‚Flickenteppiche‘ gesellschaftlicher Lebensweise, ‚von Bevölkerungsweisen, Lebensformen, ethnischen Kulturen, sozialen Milieus und Lebensstilen, Einrichtungen eines welfare mix, Einwandererkulturen, Konsumstilen und vieles andere mehr‘, die als ‚warme‘ Muster gesellschaftlichen Zusammenlebens ‚die gesellschaftliche Entwicklung weiter treiben‘ (S. 21). Zapf (2003, S. 13) nimmt diesen Einwand teilweise auf, indem er neben Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat auch den Massenkonsum zu den Basisinstitutionen der Moderne zählt. Dieser verbinde die Modernisierung mit der Wohlfahrtsentwicklung, also mit der ‚Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens der einzelnen und ihrer Familien‘.

In Absetzung zum Trendansatz lautet die andere Option, sozio-ökonomische Entwicklung als eine diskontinuierliche ‚Abfolge jeweils längerer Phasen von Expansion und Prosperität einerseits, Stagnation und vermutlich zunehmender Krisenanfälligkeit andererseits‘ (Lutz 1984) zu interpretieren. ‚Periodisieren können wir, wenn sich relative Kontinuität mit relativer Diskontinuität abwechselt.‘ (Jessop 2001, S. 9.) Zu erklären ist dann nicht gesellschaftliche Entwicklung überhaupt, sondern etwa jene Prosperitätsphase, die in den USA und anderen kapitalistischen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte und für deren Bezeichnung als ‚Fordismus‘ ein spektakulärer Hersteller des industriellen Leitprodukts dieser Zeit (des Automobils) Pate

6 Den Erfolg solcher ‚Kontinuitätsparadigmen‘ führt Lutz (1984, S. 40 f.) nicht zuletzt darauf zurück, dass sie ‚Zeitbewusstsein und Politikverständnis‘ von Verantwortung entlasten, indem sie Zukunftsgewissheit verbreiten und Sachzwänge behaupten (S. 40 f.).

stand. Die Regulationstheorie ist als eine solche „Theorie mittlerer Reichweite“ (Merton 1957, S. 5 f.) entstanden, die diesen historischen Einzelfall des Fordismus zum Gegenstand hatte.

Nach dem Regulationsansatz ist für eine Gesellschaftsformation ist eine spezifische ‚Regulationsweise‘ kennzeichnend, in der die ökonomischen Strukturen des ‚Akumulationsregimes‘ (oder ‚Produktionsmodells‘) und die institutionellen, politischen, kulturellen und ideologischen Verhältnisse (das ‚Sozialmodell‘) ein relativ dauerhaftes Ensemble bilden (Boyer/Saillard 2002, Jessop 2001, Aglietta 2000, Bieling 2000, Hübner 1998, Lipietz 1985). „Als Kern des fordistischen Produktions- und Sozialmodells wird ein stabiler Verstärkungszusammenhang zwischen Entwicklungen im Produktionssektor und in der Konsum- und Lebensweise breiter Gesellschaftsschichten angenommen, der nur grob vereinfachend auf die Formel ‚Massenproduktion‘ plus ‚Massenkonsum‘ gebracht werden kann“ (Baethge/Bartelheimer 2002, S. 37). Die ‚postfordistische‘ Umbruchssituation, in welche die westlichen Industrieländer etwa ab Mitte der 70er Jahre eingetreten sind, kann dann aus vielfachen Störungen bzw. der Auflösung dieser positiven Rückkopplung erklärt werden.

Nun lässt sich einwenden, Regulationstheorie sei „trotz ihres interdisziplinären Anspruchs (...) im Wesentlichen ein makroökonomischer Erklärungsansatz geblieben, der gesellschaftliche Verhältnisse nur in Ausschnitten wahrnimmt“ (Baethge/Bartelheimer 2002, S. 38). Unstreitig hat der Ansatz sozialtheoretische Defizite (Bieling 2000, S. 217): er tendiert dazu, Strukturen und Prozesse der Sozialintegration als „Modalität zweiter Ordnung“ zu behandeln (Mahnkopf 1988), und Handlungsperspektiven und Motive von Akteuren und der Eigensinn von Institutionen spielen vor allem im Zusammenhang mit der Lohnarbeit und mit den Gewerkschaften als Tarifpartei eine Rolle. Wittke (1996, S. 24) bezieht diese „soziologische Lücke“ der Regulationisten ausdrücklich auf die Frage der Lebensweise: „Die Veränderung auf der Nachfrageseite (Massenkonsum) wird lediglich als ökonomisches Aggregat betrachtet, die da-

hinter stehende Veränderung der Lebensweise spielt keine Rolle.“

Diese „soziologische Lücke“ ist keineswegs ein hinnehmbarer Schönheitsfehler, legt doch die Selbstbeschränkung auf eine historisch bestimmte Beziehungskonstellation zwischen Wirtschaft, Politik und Konsum nahe, außerökonomische Faktoren - politische Ereignisse wie etwa Kriege oder Veränderungen der gesellschaftlichen Lebensweise - als eigene Antriebskräfte der Entwicklung ernst zu nehmen. Denn anders als ‚kleine‘ Krisen, die zyklisch im Rahmen einer spezifischen sozio-ökonomischen Formation auftreten, lassen sich ‚große‘ Krisen, in denen diese Formation an gesamtwirtschaftlicher Dynamik verliert und unter Umgestaltungsdruck gerät, nicht aus wirtschaftlichen Eigengesetzlichkeiten erklären. In gängigen Fordismus-Formeln wie ‚Massenproduktion und Massenkonsum‘ oder ‚American Way of Life‘ wird die Lebensweise ein Kriterium historischer Periodisierung. So versteht Lutz (1984, S. 40 f.) die historischen Wachstumsschübe als Phasen jeweils spezifischer „Landnahmen“ durch „den expandierenden industriell-marktwirtschaftlichen Teil der Volks- bzw. Weltwirtschaft“. In der Prosperitätskonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg haben erfolgreiche wohlfahrtsstaatliche Politik und massiv steigende Lohn-einkommen dem modernen Sektor besondere binnenwirtschaftliche Wachstumschancen eröffnet; dieser verdrängte den traditionellen Sektor „aus seiner bislang dominanten Stellung in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs“ (ebd., S. 23). Vorher bestimmten „Wirtschafts- und Produktionsweise der Betriebe und Lebensweise der Haushalte des traditionellen Sektors“ (ebd., S. 169), welchen Beitrag dieser zur Versorgung der Beschäftigten im industriell-marktwirtschaftlichen Sektor und als dessen Absatzmarkt leistet. Dass es der industriellen Produktionsweise schließlich gelingt, „Barrieren zu durchbrechen bzw. niederzulegen“, die einer weiteren Ausweitung marktwirtschaftlicher Tausch- und Verkehrsformen entgegen stehen (ebd., S. 23), hängt in diesem Erklärungsansatz entscheidend von den außerökonomischen Gegebenheiten

der gesellschaftlichen Lebensweise und der politisch-institutionellen Regulation ab.

Dass auch andere Theorietraditionen, wenn sie den Wechsel zwischen „Phasen der Beschleunigung und der Häufung“ und „Phasen der Erschöpfung und Vernachlässigung“ in der sozio-ökonomischen Entwicklung erklären wollen, auf Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Lebensweise zurückgreifen, zeigt Zapf in einem Beitrag über soziale Innovation: „Nur Theorien, die Entwicklung als einen inhärent konfliktreichen, ungleichgewichtigen, unsicheren Suchprozess begreifen, können das Muster von Boom und Depression, Wachstumsspurts, Stagnation und Erholung begrifflich fassen.“ Der Streit darüber, ob Innovationen eher von der Angebotsseite, durch Erfindungen und Unternehmerleistungen, oder eher von der Nachfrageseite, also von Bedürfnissen, angestoßen werden, sei unfruchtbar. „Statt dessen haben wir Modelle, in denen gleichzeitig wirtschaftliche und politische Unternehmer neue Produkte, Dienste und Programme durchsetzen wollen, während Kunden und Wähler nach Lösungen für ihre wahrgenommenen Probleme suchen - so dass wir im ganzen einen dauernden Versuchs- und Irrtumsprozess der Selektion von Innovationen bekommen.“ (1989, S. 178 ff.)

2. Sozio-ökonomische Entwicklung und Lebensweise

2.1. Ein allgemeines Modell sozio-ökonomischer Entwicklung

Wollte man die sozio-ökonomische Entwicklung erst dann zum Gegenstand von Beobachtung und Berichterstattung machen, nachdem man über eine erklärende Theorie gesellschaftlicher Entwicklung verfügt, so müsste man dieses Projekt noch lange zurückstellen. Doch ein Berichtskonzept verlangt nicht Antworten auf alle Grundfragen der Gesellschaftstheorie und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Das nachstehende erläuterte Modell der Wechselbeziehungen, in denen die

Wirtschaft mit der Gesellschaft steht, enthält ein Minimum an theoretischen Annahmen, die nötig erscheinen, um die empirische Beobachtung anzuleiten. Insbesondere gehören hierzu, wie oben gezeigt,

- die Annahme einer relativen Autonomie außerökonomischer Motive und Triebkräfte gegenüber der Ökonomie
- und die Annahme von Diskontinuität und Brüchen in den Mustern gesellschaftlicher Einbettung der Wirtschaft.

Die nachfolgende Übersicht versucht den sozio-ökonomischen Entwicklungszusammenhang abstrakt zu skizzieren. Die Ähnlichkeit zu gesamtwirtschaftlichen Modellen, in denen Geld- und Güterströme zwischen Unternehmen, Haushalten und Staat dargestellt werden, ist nicht zufällig - auf einem hohen Abstraktionsniveau weisen alle Gesamtdarstellungen der Gesellschaft gemeinsame Elemente auf. Es gibt aber vier wesentliche Unterschiede zu ökonomischen Modellen.

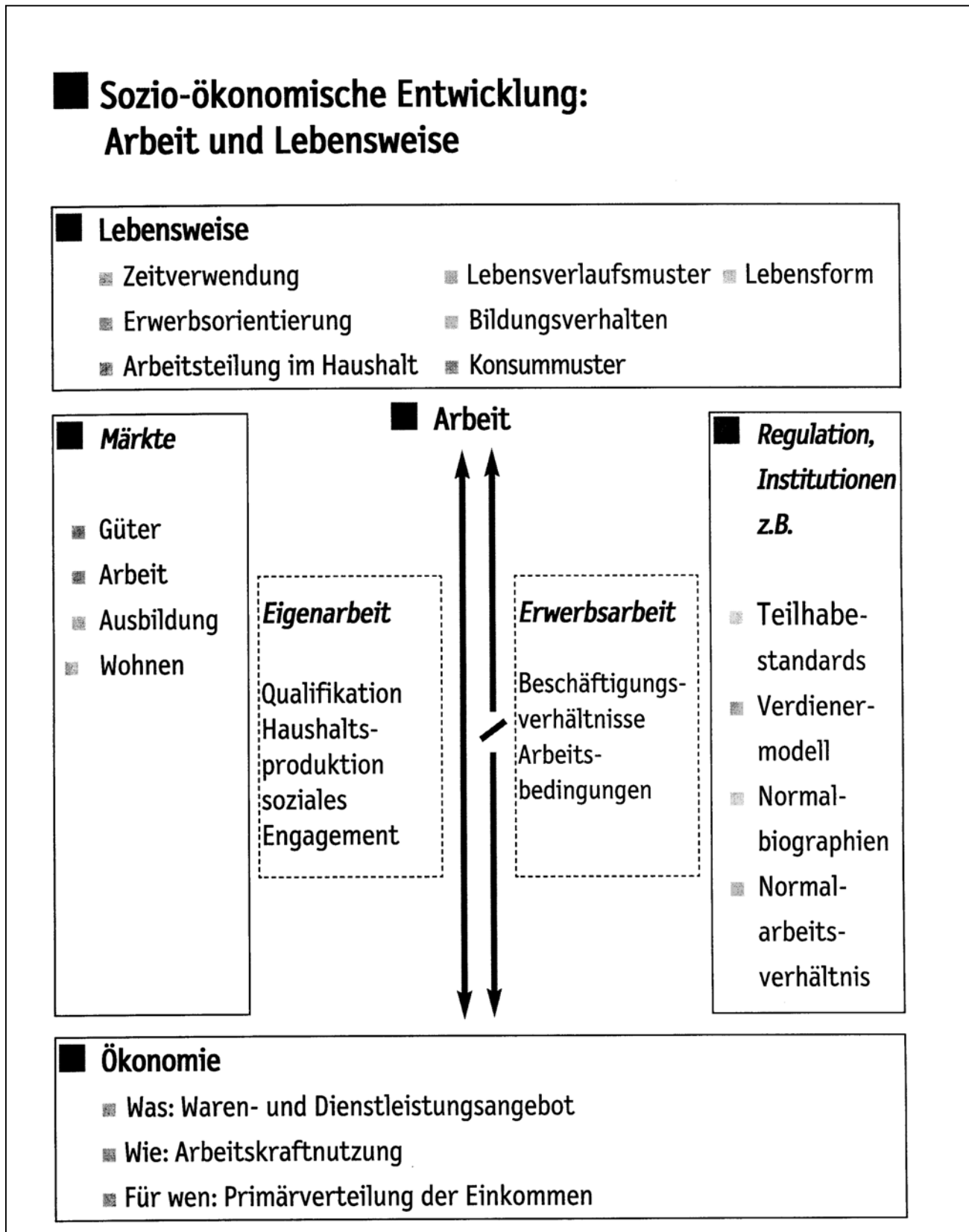
Erstens stehen die beiden Pole ‚Ökonomie‘ und ‚Lebensweise‘ für verschiedene Perspektiven auf die Gesellschaft, nicht für Sektoren eines Kreislaufmodells, die untereinander in Austausch treten. Sie als gesonderte Teilsysteme zu verstehen, würde rasch in die Irre führen: die Lebensweise etwa steht weder außerhalb der Arbeit noch außerhalb der Ökonomie.⁷ Der ökonomische Pol, für den das Unternehmen die elementare Analyseeinheit darstellt, fasst die Motive zusammen, die Marktakteure veranlassen, bestimmte Waren und Dienstleistungen auf den Gütermärkten anzubieten (was wird produziert), diese auf eine bestimmte Weise herzustellen (wie wird produziert) und die Erträge in einem bestimmten Verhältnis zwischen Klassen oder Produktionsfaktoren zu verteilen (Primärverteilung). Dem gegenüber steht der Begriff Lebensweise für die subjektivi-

7 Habermas stellt sich bei der Unterscheidung von System und Lebenswelt ein entsprechendes Problem. Dass man die Gesellschaft weder ausschließlich als Sozialintegration noch ausschließlich als Systemintegration verstehen kann, beantwortet er mit der Formel, „dass Gesellschaften *systemisch stabilisierte* Handlungszusammenhänge *sozial integrierter* Gruppen darstellen“ (1987, S. 228).

ven Motivbündel und Interessenskonstellationen, mit denen Personen und Haushalte eine Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung anstreben und

ökonomisch mehr oder weniger stabilisiert tatsächlich einnehmen.

Übersicht:



Zweitens geht es nicht um Geld- oder Güterströme. Die Beziehungen zwischen der Ökonomie und der gesellschaftlichen Lebensweise werden durch Arbeit (Eigenarbeit und Erwerbsarbeit) vermittelt, und deren gesellschaftliche Organisation steht im Mittelpunkt. Dabei kommt das Modell nicht ohne Berücksichtigung von Märkten aus. Erwerbsarbeit wird selbst marktförmig organisiert: Angebot und Nachfrage treffen sich auf dem Arbeitsmarkt, Qualifikationen werden wenigstens zum Teil auf einem besonderen Ausbildungsmarkt erworben. Die Eigenarbeit von Haushalten setzt voraus, dass diese bestimmte Waren und Dienstleistungen auf Gütermärkten beziehen und sich auf dem Wohnungsmarkt mit Wohnraum versorgen.⁸

Drittens ist es weder möglich, den Staat aus der Betrachtung auszublenden, wie es bestimmte ökonomische Modellbetrachtungen tun, noch lässt sich Regulation auf den staatlichen Bereich beschränken.⁹ Ökonomie und Lebensweise werden durch politische Instanzen und gesellschaftliche Institutionen vielfach reguliert. Regulierende Eingriffe, die den Arbeitsmarkt, Gütermärkte, die Unternehmensorganisation oder eben die Lebensweise zum Gegenstand haben, sind von den Akteuren beim Verfolg ihrer ökonomischen Interessen oder ihrer Lebensziele ins Kalkül zu ziehen. Sie bilden den Rahmen ihres Handelns.

Viertens ist das Modell nicht als Gleichgewichtsmodell zu verstehen. Wirken ökonomische Motive und Interessen der Lebensweise in die gleiche Richtung, können sie einander als Antriebskräfte gesellschaftlicher Entwicklung wechselseitig verstärken. Sie können aber auch in Widerspruch stehen und einander stören. Weil das spezifische Institutionengefüge eines Landes als Ergebnis eines längeren historischen Entwicklungspfades ein beträchtliches Beharrungsvermögen entwickelt, können

die Normalitätsannahmen von Institutionen in Gegensatz zu veränderten Produktions- und Lebensweisen der Gesellschaft geraten.

Mit einer Betrachtungsweise, die Motive der Lebensweise als unabhängigen Pol der sozioökonomischen Entwicklung annimmt, lassen sich Ökonomie und Politik auch von der Gesellschaft her interpretieren (Kocka 2002, S. 19). Gesellschaftliche Lebensweisen sind nicht nur passives Produkt der Ökonomie, zwischen diesen beiden Polen besteht kein einseitig gerichteter, sondern ein wechselseitiger Ursache-Wirkungs-Zusammenhang. Gesellschaftliche Individuen entwickeln eigensinnige Bedürfnisse und Lebensziele. Für deren Realisierung kommt es nun darauf an, wie weit die Ökonomie geeignete Ressourcen bereitstellt, oder ob sie diese Bedürfnisse ignoriert und ihnen die Mittel der Realisierung verweigert. Umgekehrt können von Veränderungen der Lebensweise Impulse ausgehen, die Anpassungen seitens des ökonomischen Systems provozieren. Würden sich die Lebensziele von Individuen vollständig von ökonomischen Interessen kolonialisieren lassen, wäre das hier skizzierte Modell hinfällig.

Das Modell soll dazu beitragen, solche Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Lebensweise in mittlerer historischer Frist zu identifizieren und den Wechsel von Beschleunigung und Erschöpfung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als Durchsetzung und Auflösung einer sozio-ökonomischen Formation in einem bestimmten Land, d.h. unter Berücksichtigung seines Institutionensystems und seines historischen Entwicklungspfades¹⁰ zu erklären. Demnach wäre die Prosperitätsphase nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland wie in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern als eine besondere Faktorenkonstellation zu beschreiben, in der die industrielle Massenproduktion von Konsumgütern, hohe Beschäftigungsquoten und steigende Masseneinkommen sowie die sozialstaatliche Ab-

8 Arbeits-, Ausbildungs- und Wohnungsmarkt unterscheiden sich von den Gütermärkten dadurch, dass die Preise der auf ihnen gehandelten Waren nicht allein durch die Produktionskosten reguliert werden. Polanyi (1978) spricht in diesem Zusammenhang von „Warenfiktion“ und von „Quasi-Waren“.

9 Lessenich (1998, S. 295 ff.) bezeichnet sechs Strukturelemente als kennzeichnend für ein deutsches Sozialmodell: Soziale Marktwirtschaft, Sozialpartnerschaft, Sozialversicherung, Familialismus, Konsensdemokratie, kooperativen Föderalismus.

10 Aus dieser Sicht gehört hinter die Formel der EU von der ‚Modernisierung des europäischen Sozialmodells‘ ein doppeltes Fragezeichen: weil sie mehr institutionelle Kontinuität verspricht, als in einer Situation des Formationsumbruchs erwartet werden kann, und weil in der EU eine Vielzahl unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungspfade koexistieren.

sicherung des Lohnarbeiterstatus, die Technisierung und Motorisierung der Haushalte als Schwerpunkte des Massenkonsums und tiefgreifende Veränderungen in der Lebensweise dieser Haushalte einander wechselseitig stützten und verstärkten. Ebenso sollten sich in einer Berichterstattung, die sich an diesem Modell orientiert, Veränderungen auf Seiten der Ökonomie wie der Lebensweise identifizieren lassen, welche die Auflösung dieser Konstellation, also den Umbruch dieses (west-)deutschen Produktions- und Sozialmodells erklären.

Das hier erörterte Modell beruht nicht auf idealen oder normativen Vorstellungen von einer gemeinsamen Optimierung ökonomischer und sozialer Entwicklung; es soll vielmehr ergebnisoffene empirische Untersuchungen und datengestützte Berichterstattung anleiten. Die makroökonomischen Fragestellungen und Konzepte, zu denen die Regulationstheorie wesentlich beigetragen hat, werden mit dem Konzept der Lebensweise soziologisch erweitert.¹¹ Seine Funktion als forschungsleitendes Konzept beschreibt zugleich seine Grenzen: Es setzt die Elemente, die zur Charakterisierung eines Produktions- und Sozialmodells herangezogen werden müssen, nur in abstrakter Form zueinander in Verbindung. Es erklärt noch keine konkreten Wechselbeziehungen, liefert kein Modell der gesamtgesellschaftlichen Bilanzierung (Stahmer 2002) und quantifiziert die Beziehungen zwischen ökonomischen und sozialen Größen nicht, wie man es von einem Modell im ökonometrischen Sinn erwarten würde:¹² Konkrete Zusammenhangsannahmen sind Aufgabe weiterer theoretischer und empirischer Arbeit.

11 Boyer hat kürzlich (2002, S. 533, S. 539, S. 550) auf die Notwendigkeit hingewiesen, die regulationstheoretische Dichotomie zwischen Markt und Staat zu erweitern, und z.B. vorgeschlagen, die „Haushaltsordnung“ (ordre domestique) als eigenes Element in die „Architektur“ der fordistischen Regulationsweise aufzunehmen.

12 Ökonometriker, die ihre Modelle um ökologische und soziale Modellteile erweitern wollen, um die von Nachhaltigkeitsstrategien geforderte Optimierung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele zu überprüfen, stehen vor ähnlichen Fragestellungen wie den hier erörterten. Frohn (2002, S. 103) wirft die Frage auf, wie sich die „indirekte Beeinflussung der ökonomischen und ökologischen Modellteile über durch soziale Komponenten bewirkte ‚Lebensumstände‘“ modellieren ließe. Dieser „Zwischenbereich“ der „Lebensumstände“ bleibt aber ein unbeschriebenes Blatt. (Vgl. Meyer 2002.)

2.2. Lebensweise in der sozio-ökonomischen Berichterstattung

Räumt man der Lebensweise, wie es hier geschieht, einen zentralen Stellenwert bei der Beobachtung und Analyse sozio-ökonomischer Entwicklung ein, so wird es notwendig, diesen in der Literatur bislang meist beiläufig und mit sehr verschiedener Reichweite verwendeten Begriff genauer zu klären.

Ein kurzer Literaturbericht

Bei marxistischen Autoren der 70er Jahre präzisiert das Begriffspaar ‚Produktionsweise‘ und ‚Lebensweise‘ die Formel von der „Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“ (Lüdtke 1978, S. 318; vgl. Heller 1978; Lefebvre 1974 zur Analyse des Alltagslebens); Lebensweise bleibt jedoch eine theoretische Kategorie.¹³

Erst in zwei Arbeiten aus den 80er und 90er Jahren erfüllt die Kategorie der Lebensweise eine Funktion bei der empirischen Analyse der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialentwicklung. Bei Lutz (1984; vgl. oben 1.2) ist die Durchsetzung einer veränderten Lebensweise entscheidend für das Gelingen einer ‚inneren Landnahme‘ des industriell-marktwirtschaftlichen Sektors auf dem Terrain der traditionellen Hauswirtschaft. „Der traditionelle Sektor charakterisiert sich dadurch, dass in ihm ... die Trennung von Arbeit und Familienleben, Betrieb und Haushalt allenfalls partiell vollzogen ist“ (ebd., S. 125). In der Prosperitätsphase der Nachkriegsjahrzehnte „setzt sich dann im Großteil der Industrienationen Europas unaufhaltsam eine Lebensweise durch, die in wesentlichen Zügen in der middle class der USA zwischen den beiden Kriegen entstanden war“. Charakteristische Merkmale dieser Lebensweise, deren

13 In einem frühen Text, der „Deutschen Ideologie“, bestimmen Marx und Engels den Lebensprozess als Einheit von Produktions- und Lebensweise: Die „Weise der Produktion“ sei nicht bloß „die Reproduktion der physischen Existenz der Individuen“, sondern „schon eine bestimmte Art der Tätigkeit dieser Individuen, eine bestimmte Art, ihr Leben zu äußern, eine bestimmte Lebensweise derselben“ Marx/Engels, MEW 3/1958, S. 21, S. 25).

„Verbrauchsstandards“ und „Zeitbudgets“ sich in der gesamten Bevölkerung ausbreiten, sind der Massenkonsum von Gütern und Leistungen des industriellen bzw. marktwirtschaftlichen Sektors, die Substitution von familieneigener oder bezahlter Hausarbeit durch Industriegüter und Haushaltstechnik („Technisierung der privaten Lebenswelt“) und das Entstehen einer „Freizeitkultur“ (ebd., S. 216).

Interessiert Lutz das Verständnis historischer Entwicklungsbrüche, so sehen Voy u.a. (1991) die sozio-ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik eher in der Kontinuität einer parallelen „Entfaltung der Industriegesellschaft und der modernen Lebensweise“. „Gesellschaft und Lebensweise, die sich in der Bundesrepublik und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg entfalten, haben sich zu einem Modell verdichtet. Als identifizierbares Modell hebt es sich aus dem historischen Kontinuum hervor und gibt den Bezugspunkt ab, von dem aus sich der davor liegende historische Prozess strukturieren lässt“ (ebd., S. 19). Zu dem historischen Ensemble gesellschaftlicher Arrangements, das die Autoren dieser Studie als Lebensweise bezeichnen, zählen das Erwerbsverhalten, die Lebensverhältnisse im Haushalt und die Familienform der doppelt belasteten Halbverdienerin, die Muster des Konsums von Waren und Dienstleistungen einschließlich sozialstaatlicher Dienstleistungen sowie das Aktivitätsspektrum und die Zeitbudgets der Haushalte. Eigenheim und Automobil werden als „Zentren der Lebensweise“ ausgemacht (Polster 1991).

Seit der UN-Konferenz von Rio 1992 (BMU 1993, vgl. oben 1.1.) und der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts (BUND/Misereor 1996) beschäftigt sich - aus ökologischer Perspektive - eine rasch wachsende Zahl von Beiträgen mit Fragen einer ‚nachhaltigen Lebensweise‘. Das ‚expansive Produktions- und Konsumtionsmodell, das die Lebensweise einer großen Mehrheit der Menschen in den Industrieländern prägt‘, lässt sich nicht weltweit verallgemeinern (Gestring u.a. 1997, S. 10 ff.), und ‚die Realisierung einer ‚dauerhaft umweltgerechten Entwicklung‘ (kann)

nicht ohne massive Auswirkungen auch auf die Alltagsorganisation in den privaten Haushalte bleiben“ (Bogun 1996, S. 3). Kontrovers wird jedoch diskutiert, wie sich das Alltagsverhalten von Individuen und Haushalten „angesichts der Pluralität der Lebensstile und sozialen Lagen mit stark ausdifferenzierten Interessen und Bedürfnissen“ politisch beeinflussen lässt (Byzio u.a. 2000) und welchen Spielraum Verhaltensnormen des alltäglichen Lebens gegenüber einer „gesamtgesellschaftlichen Lebensweise“ haben (Bogun 1996; vgl. unten). Jedenfalls wird in dieser Diskussion eine Einheit von „industrieller“ Lebens- und Wirtschaftsweise angenommen, der gegenwärtige Gesellschaftszustand also auch von Konsumverhalten und Lebensweisen der Bevölkerung her charakterisiert (Zukunftskommission 1998, Gestring u.a. 1997, Reusswig 1994). Als bestimmende Elemente dieser „Lebensweise des städtischen Konsumentenhaushalts“ nennen Gestring u.a. (1997, S. 10 f.), dass

- Wohnort und Arbeitsort auseinander treten und Lohnarbeit betrieblich organisiert wird,
- eine engere Form von „Hausarbeit“ an die Stelle einer traditionell umfassenden „Selbstversorgungsökonomie des ganzen Hauses“ tritt,
- Haushalte in ihren alltäglichen Verrichtungen einerseits vom Markt, andererseits von einer städtischen Infrastruktur der Ver- und Entsorgung und der sozialen Dienstleistungen abhängig werden.

„Der Konsumentenhaushalt (...) ist in funktionaler Hinsicht ‚Ort der Nicht-Arbeit‘, in sozialer Hinsicht ‚Ort der Familie‘ und unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten ‚Ort der Privatheit und Intimität“ (ebd., S. 19). Die Durchsetzung dieser „industriellen“ oder „urbanen“ Lebensweise ist „nicht allein Ergebnis von Zwängen“; an sie knüpften sich auch „emanzipatorische Hoffnungen (...) auf Befreiung vom Naturzwang und von sozialen Kontrollen“ (ebd., S. 11).

Darüber hinaus verwendet auch die soziologische Literatur zu Lebensverläufen und Lebensstilen gelegentlich den Begriff der Lebensweise, um Modelle oder Struktu-

ren institutionalisierter Lebensverläufe zu bezeichnen, die sich historisch wandeln, etwa von einer industriellen Arbeitsgesellschaft zu einer post-industriellen Lebensweise. Die hier als Lebensverlaufmodell verstandene Lebensweise bildet die „Schnittstelle zwischen gesamtgesellschaftlichen Institutionen und individuellen Akteuren“ (Mayer 1995, S. 28 ff.).

Diewald (1990, S. 28) schlägt vor, die Begriffe ‚Lebensführung‘, ‚Lebensweise‘ und ‚Lebensstil‘ parallel für verschiedene Aspekte des gleichen Sachverhalts zu benutzen, nämlich für Ordnungsmuster des Alltags. Andere Autoren ziehen einen der konkurrierenden Begriffe hierfür vor. Voß (1991, 1995) bezeichnet das „Handlungssystem“ oder Arrangement, durch welches Personen ihr gesamtes Tätigkeitsaufkommen zeitlich, räumlich und sachlich auf verschiedene Lebensbereiche verteilen und zum Teil widersprüchlichen Handlungsanforderungen gerecht zu werden suchen, als ‚alltägliche Lebensführung‘. Müller und Zapf meinen mit ihrem an objektiven, sozialstrukturellen Gegebenheiten orientierten ‚Lebensstil‘-Begriff etwa das gleiche, nämlich „raum-zeitlich strukturierte Muster der Lebensführung (...), die von Ressourcen (materiell und kulturell), der Familien- und Haushaltsform und den Werthaltungen abhängen“ (Müller 1989, S. 66), oder „die Art und Weise, wie Personen die Ausgabe ihrer Ressourcen (ihre Konsum-, Zeit-, Aktivitätsbudgets) so organisieren, dass gleichzeitig ihre Bedürfnisse befriedigt und ihre Werte und Statusansprüche ausgedrückt werden“ (Zapf 1989, S. 176; vgl. Zapf u.a. 1987). Lebensstile wären demnach „individuelle Institutionalisierungen von Problemlösungen“; „Entscheidungen darüber, wie man sein Leben einrichtet, insbesondere in Familie und Haushalt, um mit den Veränderungen in der sozialen Schichtung, im Lebenszyklus, der politischen Affiliation fertig zu werden“ (Zapf 1989, ebd.).

Schließlich steht in der Forschung und Berichterstattung zu sozialer Ungleichheit die Kategorie ‚Lebensweise‘ für die Gesamtheit materieller Mindeststandards der sozio-kulturellen Teilhabe. In einer Definition, die auf Townsend (1979) zurück geht, bezeichnet die EU rela-

tive Armut als eine Lebenslage, in der Personen, Familien und Gruppen „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Rat der Europäischen Gemeinschaft 1984, vgl. Kommission 1991, S. 4).

Elemente der Lebensweise

Für die Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung empfiehlt es sich, einen weiten Begriff von Lebensweise zugrunde zu legen. Er soll grundsätzlich alle Berichtsgegenstände einschließen können, in denen das Alltagshandeln von Individuen und Haushalten ihr Verhalten als Marktakteure beeinflusst, in dem also der Eigensinn individueller Lebensziele und die Nutzung persönlicher Handlungsspielräume ökonomische Effekte auslösen können. Bei aller begründbaren Vielfalt sollte gesellschaftliche Lebensweise jedoch nicht als „Flickenteppich“ (Hradil/Immerfall 1997) beliebiger subjektiver, personengebundenen Aktivitäten und Verhaltensweisen verstanden werden. Zur Charakterisierung von Lebensweisen und zur Beobachtung ihres Wandels waren im Rahmen der sozio-ökonomischen Berichterstattung bislang die folgenden sieben Elemente zu berücksichtigen (vgl. Übersicht): Zeitverwendung, Lebensverlauf, Lebensform, Erwerbsorientierung, Bildungsverhalten, Arbeitsteilung im Haushalt, und Konsummuster. Gemeinsam ist diesen Elementen der Praxiszusammenhang, den das tagtägliche Handeln von Individuen und Haushalten bildet.

Zeitverwendung: Ein nahe liegendes gemeinsames Maß für „das gesamte menschliche Tätigkeitsspektrum (...) von der Erwerbsarbeit über Hausarbeit, Qualifizierung und soziales Engagement bis hin zu Freizeitaktivitäten“ bildet die Zeit, die Personen und Haushalte für ihre verschiedenen Aktivitäten verwenden (Stahmer 2002, S. 2 ff.). Im Zeitbudget, genauer in den Mustern, nach denen der 24-Stunden-Tag auf die verschiedenen Aktivitätsformen verteilt wird, bilden sich zentrale Merk-

male der Lebensweise ab, etwa das relative Gewicht von Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit und anderen, weniger arbeitsgebundenen Tätigkeiten. Mit dem Interesse an der Zeitverwendung wird auch handgreiflich, dass es wenig Sinn macht, Erwerbsarbeit und Lebensweise einander als getrennte soziale Teilsysteme gegenüber zu stellen.

Lebensverlauf: Die Abfolge der großen persönlichen und beruflichen Lebensphasen, etwa schulische und berufliche Ausbildung, erste Haushaltsgründung, berufliche Etablierung, Heirat, Geburt des ersten Kindes, Haupterwerbsphase, Berufsaustrittsphase, ergibt typische „lebenszeitliche Übergangsmuster“. Vor allem aufgrund von „Interventionen und rechtlichen Codierungen des Wohlfahrtsstaates“ werden latente ökonomische „Interessen und Erfordernisse der industriellen Arbeitswelt“ im Lebensverlauf institutionalisiert und zu einer „Lebenszeitstruktur“ oder „Normalbiographie“ verfestigt (Mayer 1995, S. 29), wobei Geschlechterordnungen und Geschlechterpolitik (Ostner/Lewis 1998) für Männer und Frauen unterschiedliche Normalitätsannahmen befestigen.

Lebensform: Die Größe und Zusammensetzung der Haushalte, die Zahl der Generationen im Haushalt, und die Beziehungsmuster zwischen Partnern definieren die Lebensform (Zapf u.a. 1987, Meyer 2002a). Diese Faktoren bestimmen wesentlich die Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder und ihr Reproduktionsverhalten. Auch dieser Bereich der Lebensweise ist politisch reguliert und institutionell gerahmt: „Familienpolitik“, Steuerrecht und Anspruchsvoraussetzungen des Systems sozialer Sicherung setzen Normen, etwa in Bezug auf die Form der Partnerschaft oder auf bestimmte Erwerbskonstellationen des Haushalts (Ein-Verdiener-Haushalt, Hauptverdiener und Teilzeitverdiener/in, mehrere Verdienere; vgl. Schulze Buschoff 2000, Ostner 1998).

Erwerbsorientierung: Neben der sozialen Lage und dem Erwerbsmuster des Haushalts beeinflussen individuelle Motive und Orientierungen, ob und in welchem Umfang

Personen Zugang zum Arbeitsmarkt suchen. Diese individuellen Erwerbsorientierungen äußern sich jedoch nicht nur in Arbeitsmarktstrategien während Phasen der Stellensuche, sondern auch als „Arbeitsverständnis“ (Baethge 1991) oder „Arbeitsbewusstsein“ (Schumann 1999) in Bewertungen von Arbeitsbedingungen, in Erwartungen an Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung in der Arbeit und in kollektiven, an die Stellung in der Erwerbsarbeit geknüpften Identitäten. Es ist wohl eine Folge zunehmender Individualisierung und abnehmender Prägekraft von Klassenlage und Arbeiterbewegung, dass ältere Konzepte wie Klassenbewusstsein oder Berufsstand dem neutraleren soziologischen Begriff der Erwerbsorientierung weichen.

Bildungsverhalten: Wie die Erwerbsbeteiligung, so wird auch der Erwerb von Qualifikationen von subjektiven Ansprüchen und Erwartungen beeinflusst. Entscheidungen etwa über die Wahl der Schulform, über das angestrebte Niveau schulischer und beruflicher Abschlüsse sowie über den Zeitpunkt von Ausbildungsphasen im Lebensverlauf liegen Hoffnungen auf soziale Positionen zugrunde, die über Qualifikationsniveaus erreicht werden können, ferner vorausgegangene Lernerfahrungen und unterschiedliche Ansprüche an Erwerbsarbeit. Begriffe wie Lernkompetenz und (Weiter-) Bildungsbewusstsein (Baethge/Baethge-Kinsky 2002) verweisen auf diese subjektive Seite des Bildungsgeschehens.

Arbeitsteilung im Haushalt: Die Muster, in denen Eigenarbeit und Versorgungsarbeit im Haushalt einschließlich der Erziehungsarbeit oder der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger zwischen den Geschlechtern geteilt werden, bilden das Gegenstück zu den Motiven und Orientierungen, die über das Arbeitskraftangebot und die Erwerbskonstellation des Haushalts entscheiden.

Konsummuster: Welche Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs Haushalte konsumieren, wie sie wohnen und mit welchen Verkehrsmitteln sie sich räumliche Mobilität sichern, ist nicht allein abhängig vom Einkommensniveau und anderen wirtschaftlichen Gegeben-

heiten, sondern auch von subjektiven Präferenzen und von Entscheidungen über die Lebensform und über die Erwerbskonstellation des Haushalts.

Relative Autonomie und ihre Grenzen

Gegenüber der uneinheitlichen Verwendung des Begriffs ‚Lebensweise‘ in der Literatur hat das hier umrissene Konzept eine Reihe von Präzisierungen erfahren, die sich in fünf Stichworten zusammenfassen lassen: Autonomie, Materialität, soziale Strukturierung, Regulation, Verhaltensorientierung. Wie sich zeigt, kann die Lebensweise gegenüber wirtschaftlichen Antriebskräften eine *relative* Autonomie beanspruchen: Bei ihrer Beobachtung betritt man weder eine ökonomiefreie Zone noch einen Bereich ungehemmter Subjektivität. Am ehesten lässt sich diese relative Autonomie in Anlehnung an das Konzept der Lebenslage (Nahnsen, nach Andretta 1991, S. 82) als Handlungsspielraum auffassen, welchen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstände den einzelnen Personen und Haushalten zur Entfaltung und Befriedigung ihrer wichtigen Interessen bieten.

Autonomie: Die oben genannten Elemente der Lebensweise befinden sich in dynamischer Bewegung: Die Anteile von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit in Zeitbudgets und ihre Lage im Ablauf des Alltags verschieben sich. Bestimmte Formen des Zusammenlebens und bestimmte Erwerbskonstellationen des Haushalts gewinnen, andere verlieren an Gewicht - etwa nimmt die Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen zu. Subjektive Ansprüche an Erwerbsarbeit (Baethge 1991) und Bildungserwartungen verändern sich. Andere Erwerbsmodelle stellen bestehende Rollenverteilungen in der Hausarbeit und bestehende Konsumstrukturen in Frage. Diese Veränderungen der Lebensweise sind fraglos ökonomisch relevant; sie beeinflussen den Umfang und die Zusammensetzung des Erwerbssubjektpotenzials, die demographische Struktur der Bevölkerung und die Güternachfrage. Sie lassen sich jedoch nicht einfach als Anpassungen von Individuen und Haushalten an ökonomische

Zwänge deuten - ihnen liegen eigensinnige und relativ autonome Motive zugrunde. Daher gehen nicht nur von der Ökonomie, sondern auch von der Lebensweise Anstöße aus, die von der Gesellschaft verarbeitet werden müssen.

Materialität: Lebensweisen beruhen auf einem objektiv beobachtbaren materiellen Substrat; hierzu gehören ein bestimmtes Zeitbudget, Arbeitsleistungen, Höhe und Zusammensetzung des Haushaltseinkommens, eine Güterstruktur, Wohnverhältnisse, die verfügbare Infrastruktur an Dienstleistungen und Verkehrsmitteln und vieles andere mehr.

Soziale Strukturierung: Während die soziologische Lebensstilforschung auf der Annahme beruht, dass soziale Lage, Bewusstseinsformen und Verhaltensweisen sich zunehmend entkoppeln, und daher individuelle bzw. gruppenspezifische Lebensstile für mehr oder weniger frei gewählt hält (Bogun 1996, S. 9), sollen hier Lebensweisen nicht unabhängig von den Strukturen sozialer Ungleichheit betrachtet werden. Die Handlungsspielräume, in denen eine bestimmte Lebensweise entstehen kann bzw. hervorgebracht wird, werden durch die materielle Lebenslage begrenzt. Die Ökonomie stellt verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche Ressourcen zur Realisierung ihrer Lebensweise zur Verfügung. Die Unterscheidung typischer Lebensweisen kann selbst eine Kategorie der Sozialstruktur sein.

Regulation: Lebensweisen sind gesellschaftlich und politisch, insbesondere sozialstaatlich, reguliert. Vor allem durch die nachstehenden vier Felder der Regulation, die eng auf einander bezogen sind und gewissermaßen einen regulativen Komplex bilden, werden Lebensweisen institutionell flankiert:

- durch das Normalarbeitsverhältnis als Norm sozial geschützter Erwerbsarbeit,
- durch die Normalarbeitszeit als Norm gesellschaftlicher Zeitstrukturen,

- durch das Verdienner- oder Ernährermodell, also ein bestimmtes, sozialstaatlich als normal unterstelltes Erwerbsbeteiligungsmuster des Haushalts,
- durch die Normalbiographie, die Lebensabschnitte strukturiert und bestimmte Statusübergänge als normal unterstellt und sozialstaatlich absichert.

So entstehen soziale Gefährdungen nicht nur aus dem Umbruch der Ökonomie, etwa aus der abnehmenden Beschäftigungsleistung des Arbeitsmarkts, sondern auch aus zunehmenden Spannungen zwischen den Normalitätsannahmen des Sozialstaats und den Lebensweisen der Haushalte.

Verhaltensorientierung: Lebensweise ist eine Verhaltenskategorie, sie drückt sich im objektiv beobachtbaren Verhalten von Individuen und Haushalten aus. Diesem Verhalten entsprechen subjektive Motive, Deutungsmuster und Einstellungen, diese sind jedoch erst in zweiter Linie Gegenstand der Beobachtung.

Diese näheren Bestimmungen begründen auch, warum für die hier gemeinten Ordnungsmuster der Begriff der Lebensweise dem ‚Lebensstil‘ vorgezogen wird. Bei aller Heterogenität des Lebensstil-Begriffs (Geißler 2002, Bogun 1996, Konietzka 1995, Müller 1989) dominieren in der Lebensstilforschung doch Wertorientierungen, Einstellungen, expressive Bedürfnisse und Geschmackspräferenzen. So weit das Verhalten zur Typisierung von Lebensstilen herangezogen wird, ist es eher das Freizeit- und Konsumverhalten als die Erwerbsbeteiligung oder die berufliche Orientierung. Dagegen zielt hier die Kategorie ‚Lebensweise‘ auf die materiell Basis solcher Selbststilisierungen.

Lebensweisen und gesellschaftliche Lebensweise

Eins allerdings haben Lebensweise und Lebensstil gemeinsam - sie kommen nicht ohne den Plural aus. Alle beobachtbaren Veränderungen sprechen für eine soziale Differenzierung und Pluralisierung von Lebensweisen. Daher ist es sinnvoll, wie Reusswig (1994) vorgeschla-

gen hat, zwischen einer gesamtgesellschaftlichen Lebensweise und konkret verschiedenen, gruppenspezifischen Lebensweisen zu unterscheiden.¹⁴

Auf einem hohen Abstraktionsniveau lassen sich allgemeine Elemente einer materiellen Lebensweise bestimmen, die für eine gesellschaftliche Formation charakteristisch sind. So ist es sicher sinnvoll, den männlichen Allein- oder Hauptverdiener, den technisierten, dienstbotenlosen Zwei-Generationen-Haushalt, bestimmte Formen des Massenkonsums wie etwa das Auto usw. als Elemente einer ‚fordistischen‘ Lebensweise zu bezeichnen. Doch solche allgemeinen Charakterisierungen sind wohl immer erst im Rückblick, aus der Perspektive eines Umbruchs, möglich. Empirische Veränderungen sind zunächst an den konkreten Beobachtungsgegenständen der Lebensweisen nachzuvollziehen und nicht am abstrakten Aggregat ‚der‘ Lebensweise. Und möglicherweise gehört es zu den Besonderheiten des gegenwärtigen Gesellschaftszustands, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse weniger gelingt als in der ‚fordistischen‘ Prosperität. Solche Fragen ergebnisoffen zu untersuchen, verlangt Zurückhaltung. Die Lebensweise soll in der sozio-ökonomischen Berichterstattung ein Feld empirischer Beobachtung eröffnen und nicht eine Projektionsfläche für rasche Verallgemeinerungen.

3. Lebensweisen im Umbruch - am Beispiel des Massenkonsums von Dienstleistungen

Die nachstehende Gedankenskizze soll an einem exemplarischen Punkt zeigen, welche Impulse der Fordismus, verstanden als „Massenproduktion plus Massenkonsum“, für die Lebensweisen setzt, wie die Elemente der daraus entstandenen fordistischen Lebensweise in der gegenwärtigen Umbruchssituation unter Druck geraten und von Seiten der gegenwärtigen Lebensweisen Anforderungen an die Ökonomie entstehen (können). Da es

¹⁴ Reusswig (1994, S. 13) stellt „die übergreifende Lebensweise einer ganzen Gesellschaft“ und „die verschiedenen Lebensstile in dieser Gesellschaft“ gegenüber. Aus den oben genannten Gründen soll aber der Lebensstilbegriff auch für die pluralisierten Erscheinungsformen der Lebensweise vermieden werden.

zunächst allein darum geht, den untersuchungsleitenden Wert des oben unter 2.1. vorgestellten Modells zu veranschaulichen, wird keine vollständige Darstellung dieser Umbruchskonstellation angestrebt, also etwa die neue Struktur der Weltmärkte, so wichtig sie ist, nicht behandelt. Auf den Nachweis von Literatur wird ebenso verzichtet wie auf eine empirische Beweisführung.

In den Nachkriegsjahrzehnten wandelte sich abhängige Erwerbsarbeit zu einem sozialstaatlich regulierten und flankierten Status, der einige soziale Sicherheit bot. Eine über die zyklische Bewegung der Konjunktur hinaus stetig steigende Massenkaufkraft machte die Massenproduktion von Konsumgütern erst ökonomisch effektiv; so wurde diese zur tragenden Grundlage einer längeren Wachstumsphase. Unter den damaligen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bewirkte dieses Wachstum auch eine erheblichen Nachfrage nach einheimischen Arbeitskräften sowohl im fordistischen Sektor (etwa der Automobil- oder der Elektroindustrie - vgl. Wittke 1996) wie auch – vermittelt - in anderen Wirtschaftsbereichen, etwa im Maschinenbau oder im Bausektor. Die aus der weitgehenden Ausschöpfung des Erwerbsspersonspotenzials resultierende Arbeitsmarktlage (‘Vollbeschäftigung’) verschaffte den privaten Haushalten eine erhebliche Planungssicherheit. Eine - jedenfalls im historischen Vergleich - stetige Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards wurde zur Normalität.

In diesem gesellschaftlichen Rahmen bewirkten vor allem drei Faktoren, dass sich die Lebensweisen verschiedener Bevölkerungsgruppen in die gleiche fordistische Richtung entwickelten und angleichen, obwohl doch der fordistische Leitsektor immer nur einen Teil des gesellschaftlichen Produktionsapparats umfasste.

- In diesem für die Lohnabhängigen günstigen Arbeitsmarkt griffen Instrumente wie Flächentarifverträge weitgehend. Die vor allem männlichen Beschäftigten des fordistischen Sektors konnten starke Kollektivregelungen durchsetzen, und diese strahlten auch auf Bereiche aus, in denen vergleichbare Regelungen aus eigener Kraft nicht er-

reichbar gewesen wären. So ließen sich die (Entlohnungs-)Bedingungen von Produktionsarbeit auch auf andere Arbeitsarten ausdehnen und verallgemeinern. Auch die Beschäftigten in den nichtfordistischen Sektoren (etwa im Öffentlichen Dienst) nahmen nicht nur an den Produktivitätseffekten des fordistischen Produktionsmodells teil, sondern auch am Anstieg der Geldlöhne. Sozialstaatliche Transfers zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen einerseits und zwischen aktiven und ehemaligen Erwerbstätigen andererseits verstärkten diesen Angleichungsprozess.

- Die tarifpolitische Durchsetzungskraft der Gewerkschaften ermöglichte es, Schicht- und Wochenendarbeit mit außerökonomischen Argumenten weitgehend auf den Bereich zu begrenzen, in dem die Abweichung von der Normalarbeitszeit stofflich bzw. produktionstechnisch begründet war (z.B. in der Prozessindustrie oder in Krankenhäusern). Sicher gab es auch im Fordismus Arbeitszeitlagen, die genau gegenläufig zur Arbeitszeit in der Masse der Betriebe und Verwaltungen konzipiert waren: etwa in der Bewirtungs- oder Unterhaltungsbranche, aber auch - passend zum Fordismus - an Tankstellen, bei Pannenhelfern und Unfallnotärzten. Doch galten für den größten Teil der Beschäftigten ‚normale‘ Zeitstrukturen.

- Die breite Masse der Lohnabhängigen in der Produktion wurde ökonomisch in die Lage versetzt, zu Konsumenten ‚ihrer‘ Waren aufzurücken, wenn auch erst zeitversetzt nach dem Vorbild der besser Verdienenden und vielleicht in einer einfacheren Warenausführung.

Der Massenkonsum massenproduzierter Industrieprodukte hat jedoch nicht nur eine ökonomische Seite. Er unterstellt auf Seiten der Haushalte eben nicht nur eine entsprechende Kaufkraft, sondern auch dazu passende Konsumformen, also die Fähigkeit und Bereitschaft, die Gebrauchswerte der vom Markt bezogenen Waren zu erschließen. Anders als etwa bei der Nutzung der Trans-

portmittel von Bahn oder Flugzeug, bei denen die Transportleistung selbst die Ware ist, geht es beim Automobil darum, die Transportleistung selbst zu erzeugen. Damit dies gelingt, sind neben externen, infrastrukturellen Voraussetzungen wie Straßen, Tankstellen usw. auch einige Eigenleistungen des Nutzers gefordert, etwa der Erwerb des Führerscheins und vor allem das Fahren selbst. Andere die Lebensweisen prägende Konsumformen beziehen sich auf die Gebrauchswertproduktion im privaten Haushalt. Entgegen der Vermutung, endverbrauchsnahe Produkte der Lebensmittel- oder Bekleidungsindustrie oder die Haushaltstechnik hätten die Haushaltsarbeit primär reduziert, zeigt sich im Rückblick, dass diese Konsumformen in der Regel nicht für einen Rationalisierungseffekt genutzt wurden (gleicher Output per weniger Arbeitszeit), sondern um einen Kapazitätseffekt zu erzielen: Haushaltstechnik wurde eingesetzt, um mehr und bessere Gebrauchswerte zu erzeugen. Eigenarbeit wurde von einem Bereich auf andere verlagert, etwa wurden Kinder zeitintensiver betreut.

Der Zugewinn von Freizeit und der steigende Familienlohn ließen die Lebensform der Kleinfamilie mit männlichem Alleinernährer und dessen Hausfrau, die bisher ein ideologisches Leitbild war, für breite Schichten erstmals Realität werden. Als sich Arbeitskräftemangel einstellte, wurde Abhilfe nicht darin gesucht, das weibliche Erwerbspersonenpotenzial zu mobilisieren und so die interne Erwerbsquote zu erhöhen. Statt dessen wurden Arbeitsmigranten angeworben.

So weit lässt sich die Durchsetzung des Fordismus als ‚innere Landnahme‘ (Lutz 1984) des hoch produktiven Industriesektors beschreiben, der sich in der Lebensweise des „städtischen Konsumentenhaushalts“ (Gestring u.a. 1997) einen inneren Absatzmarkt erschließt. Indem sich Lohnarbeiter in männliche Familienernährer und Automobilisten, Lohnarbeiterinnen in Hausfrauen verwandeln, vollziehen sie nicht einfach eine ökonomische Gesetzmäßigkeit nach: Ökonomische Motive einerseits, Lebensziele und Ambitionen breiter Bevölkerungsschichten sowie gesellschaftspolitische Leitbilder des entstehenden Sozialstaats andererseits bewirken in ‚Ko-

produktion‘ eine Verallgemeinerung dieser neuen Elemente der ‚fordistischen‘ Lebensweise.

Auf dieser Grundlage können nun auch in den Haushalten, nicht nur in den Fabriken Antriebskräfte einer ‚sozialen Revolution‘ (Hobsbawm 1994) der Lebensweise entstehen. Von eigensinnigen Veränderungen in den Mustern der Lebensführung großer Bevölkerungsgruppen gehen Impulse aus, die sowohl auf die Ökonomie als auf die Lebensweisen anderer Gesellschaftsgruppen zurückwirken. Dabei ist die Richtung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkung keineswegs festgelegt, sondern vielmehr abhängig von dem institutionellen Rahmen, in dem sich diese Veränderungen durchsetzen, etwa den geltenden arbeits-, sozial- und steuerpolitischen Regeln. Von den gegenwärtigen Umbrucherscheinungen in den Lebensweisen soll eine hier exemplarisch betrachtet werden: das Entstehen einer massenhaften Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen. (Ähnliche Bedeutung haben wohl die Bildungsexpansion und die Durchsetzung neuer Leitwaren des Massenkonsums und neuer Konsummodi im Zusammenhang mit der ‚Informatisierung‘ der Gesellschaft.)

Der typische fordistische Haushalt konsumiert zuerst Industriegüter und in zweiter Linie sozialstaatlich organisierte Dienstleistungen, jedoch nur in geringem Umfang private, personenbezogene Dienstleistungen. Dass nun eine massenhafte zusätzliche Nachfrage nach eben solchen Dienstleistungen einsetzt, hat mindestens zwei Ursachen:

- veränderte Lebensentwürfe der Frauen
- und demographisch bedingte Alterung der Bevölkerung.

Für Frauen, insbesondere auch für verheiratete Frauen und Frauen mit Kindern, wird Erwerbsarbeit, also das eigene Einkommen und die eigene ‚Beschäftigungsfähigkeit‘, zunehmend zu einer ‚normalen‘ biographischen Erwartung. Die steigenden Erwerbsquoten der Frauen sind ein allgemeines Merkmal des Umbruchs in allen entwickelten kapitalistischen Industrieländern.

Doch da das grosse Gewicht des Ein-Verdiener-Modells zu den Besonderheiten des westdeutschen Entwicklungspfad gehört, findet der Anstieg in den alten Bundesländern von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus statt. (Da in der ehemaligen DDR eine andere Gesellschaftsformation entstanden war, bringen die neuen Bundesländer unter anderem ein charakteristisches eigenes Haushaltserwerbsmuster ein, das des Zwei-Verdiener-Haushalts.) Das Entstehen neuer Erwerbsmuster in Mehr-Personen-Haushalten, insbesondere des Eineinhalb-Verdiener-Modells mit Teilzeitarbeit der Frau, bewirkt Veränderungen im Zeitbudget der Haushalte: Parallel zur Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für den bisherigen männlichen ‚Normalarbeiter‘ weitet sich die Erwerbsarbeitszeit des Haushalts aus. Da sich jedoch die haushaltsinterne Arbeitsteilung, die den Frauen den Großteil der häuslichen Eigenarbeit zuweist, nur sehr langsam ändert, entsteht eine Situation der Doppelbelastung; diese stellt das alte Modell der eigenarbeitsaufwändigen Gebrauchswertererschließung im Haushalt in Frage. Die veränderten Zeitbudgets und Ansprüche an die Lebensführung erzeugen eine vermehrte Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen, die Eigenarbeit substituieren können: etwa nach Haushaltshilfen, Kinderbetreuung, Freizeitdienstleistungen.

Ein eigenständiger zweiter Nachfrageimpuls geht von der Alterung der Bevölkerung aus. Ältere Menschen haben einen zunehmenden Betreuungs- und Pflegebedarf. Obwohl ein Großteil dieser Leistungen immer noch von Familienangehörigen erbracht wird, kann dieser Bedarf in Zukunft wohl nur durch vermehrten Rückgriff auf externe, bezahlte Pflegeleistungen gedeckt werden.

Dieser Umbruch in den Konsummustern der Haushalte - die vermehrte Nachfrage nach Dienstleistungen - ist ökonomisch und gesamtgesellschaftlich vermutlich weitaus folgenreicher als andere Änderungen des Konsumverhaltens. So bewirkt die zunehmende Differenzierung der Konsumentenwünsche gegenüber Industrieprodukten keineswegs das Ende der Massenproduktion: Hinter der ausgeprägten Individualität der Endprodukte steckt weiter Massenproduktion, etwa der elektroni-

schen Bauteile. Dagegen können personenbezogene Dienstleistungen als Bestandteil des Massenkonsums nicht im fordistischen Muster produziert und konsumiert werden.

Auf Seiten der Käufer entscheidet der Preis als kritische Größe darüber, in welchem Ausmaß Eigenarbeit durch Dienstleistungen ersetzt werden kann. Da Dienstleistungen in ‚Ko-Produktion‘, also in räumlicher und zeitlicher Nähe zu den Verbrauchern erbracht werden müssen, sind diese verhältnismäßig arbeitsintensiv. Die Besonderheiten der Dienstleistungsarbeiten setzen ihrer Technisierung und Rationalisierung großen Widerstand entgegen, auch lassen sich die meisten Leistungen nicht importieren.

Auf Seiten der Dienstleister wird die Preiselastizität der Nachfrage als Produktivitätsproblem erfahren - zu einem hohen Preis, der für existenzsichernde Einkommen und hohe Steuern und Sozialbeiträge sorgen würde, lassen sich Dienstleistungen kaum massenkonsumfähig machen. Zugleich erschwert die räumliche und zeitliche Zersplitterung der Leistungserbringung die Organisation und die kollektive Interessenvertretung, was in vielen Dienstleistungsbereichen stark gegen die Beschäftigten wirkt. Eine bereits gängige Antwort auf das Produktivitätsproblem ist die sozialstaatliche Organisation persönlicher Dienstleistungen, etwa in Schulen und Kindergärten oder im Gesundheits- und Pflegebereich. Da diese steuer- oder beitragsfinanzierten öffentlichen Dienstleistungen nicht zu Marktpreisen erbracht werden und ihre Adressaten nicht die unmittelbaren Kostenträger sind, steuert die Produktivität nicht unmittelbar die ‚Nachfrage‘. Jedoch begrenzen die fiskalischen Probleme der öffentlichen Kostenträger bzw. politische Optionen die Ausweitung des Angebots. Ein weiteres Problem haben die öffentliche und private Produktion personenbezogener Dienstleistungen gemeinsam: die Lage der Arbeitszeit lässt sich nur schwer ‚normalisieren‘. Da Dienstleistungen am Adressaten erbracht werden müssen, sind die Arbeitszeiten der damit Beschäftigten nur in einigen Bereichen synchron zu denen der Konsumenten (etwa bei

der Kinderbetreuung), in anderen Bereichen (etwa Einzelhandel und Freizeitangeboten) dagegen asynchron.

Alle drei Faktoren, die in der fordistischen Konstellation eine Tendenz zur Angleichung der Lebensweisen und zur Verallgemeinerung bestimmter Konsum-, Erwerbs- und Zeitverwendungsmuster bewirkten, sind bei der ökonomischen Anpassung an diesen Nachfrageimpuls, der aus veränderten Lebensweisen entsteht, außer Kraft gesetzt.

- Wenn Mehrheiten oder auch nur zahlungsfähige Minderheiten, die personenbezogene Dienstleistungen nachfragen, auf sogenannten Käufermärkten auf Anbieter treffen, deren Belegschaften geringe Primärmacht haben, keine gewerkschaftliche Vertretungsmacht aufbauen können und über politische Regelungen nicht (mehr) geschützt werden, führt die Verschiebung im gesellschaftlichen Arbeitskörper zur Entstehung eines neuen breiten Beschäftigungssegments, in dem niedrige Löhne und prekäre Vertragsbedingungen bis hin zur Illegalität (wie bei einem Großteil der Haushaltshilfen) die Regel sind.
- Sowohl der Rückgang des Anteils von Produktionsarbeit an den inländischen Beschäftigten als auch die wachsende Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen weiten Arbeitszeitlagen aus, die von der Normalarbeitszeit abweichen müssen. Diese wachsende Nachfrage nach Dienstleistungsarbeit vor oder nach der eigenen Arbeitszeit wird durch die größere Zeitflexibilität, die vielen Beschäftigten abgefordert wird, zusätzlich verstärkt. Die seit den 80er Jahren anhaltende Auseinandersetzung um den Ladenschluss zeigt, dass es den Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen bei hoher gesamtwirtschaftlicher Unterbeschäftigung nicht mehr möglich ist, diese zusätzliche Belastung durch ungünstige Arbeitszeitregelungen bei den in der Regel niedrig entlohnten Tätigkeiten abzuwehren.

- Aufgrund der niedrigen Einkommen ist es für viele Dienstleistungsbeschäftigte unrealistisch, ihren eigenen Bedarf an entlastenden Diensten zu decken; sie haben keine Aussicht, selbst zu Konsumenten ‚ihrer‘ Leistungen zu werden.

Ob diese Umbruchssituation, in der prekär beschäftigte Lohnabhängige „wieder dienen lernen“ (Mayer-Ahuja 2003) und in die Haushalte anderer Lohnabhängiger „die Dienstmädchen zurückkehren“ (Odierna 2000), eine neue Stufe der ‚inneren Landnahme‘ der Marktökonomie einleitet, also zur Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsphase werden kann, hängt entscheidend von sozialen Innovationen ab. Dies können Innovationen zum einen ‚von oben‘ sein, etwa neue Formen der sozialstaatlichen Organisation personenbezogener Dienstleistungen oder Strategien der Regulierung oder Deregulierung des Dienstleistungssektors. Zum anderen sind auch soziale Innovationen ‚von unten‘ denkbar, die auf „Alltagsexperimenten“ und Praktiken der Haushalte beruhen (Zapf 1989, S. 177, S. 182): etwa die räumliche Entkopplung der ‚Koproduktion‘ bei Teledienstleistungen, die Substitution von Informationsleistungen durch Selbstauskunftssysteme oder die grenzüberschreitende Mobilität der Kunden von Urlaub bis zum ‚Krankenhaus‘- oder ‚Pflegetourismus‘.

Wenn Umbrüche von Gesellschaftsformationen auch Situationen sozialer Innovationen sind, was etwa an der Herausbildung des Fordismus gut zu verfolgen ist, scheint es aktuell ein ausgesprochenes Innovationsdefizit zu geben. Dieses Defizit mag dieser Skizze der gesellschaftlichen Folgen, die sich aus der von Veränderungen der Lebensweisen induzierten vermehrten Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen ergeben, eine falsche Zwangsläufigkeit geben. Zukünftige soziale Innovationen werden sich aber auf jeden Fall dem Fakt widmen müssen, dass im Zuge der aktuellen ‚inneren Landnahme‘ Erwerbs- und Konsummuster wie Zeitbudgets - im Vergleich zum Fordismus - ungleicher werden. Der Massenkonsum personenbezogener Dienstleistungen wird Lebensweisen nicht angleichen, sondern differenzieren:

- in eine Lebensweise, die durch den Konsum dieser Dienste geprägt ist,
- in eine, die vom Konsum neuer Dienstleistungen ausgeschlossen ist
- und in eine dritte, die diese Dienste erbringt, aber selbst nicht nutzen kann.

Wie diese Gedankenskizze zeigt, kann das Modell eines Zusammenspiels von Ökonomie und Lebensweise dazu beitragen, sowohl die Entstehung der sozio-ökonomischen Formation des Fordismus wie dessen derzeitige Krise besser zu verstehen. Das Modell der sozio-ökonomischen Entwicklung liefert allerdings weder eine neue Großtheorie noch ein ‚soziometrisches‘ Prognoseinstrument. Die Soziologie hat auf diesem Feld „keine ‚großen‘ Antworten und einfachen Prognosen anzubieten, sondern zum Glück nur Instrumente für die empirische Analyse einer komplizierten Vergangenheit und einer offenen Zukunft“ (Mayer 1995, S. 45).

Literatur

- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime, Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Andretta, G. (1991): Zur konzeptionellen Standortbestimmung von Sozialpolitik als Lebenslagenpolitik, Regensburg.
- Aust, A.; Leitner, S.; Lessenich, S. (2000): Sozialmodell Europa, Eine konzeptionelle Annäherung, in: Aust, A.; Leitner, S.; Lessenich, S. (Hrsg.): Sozialmodell Europa, Konturen eines Phänomens, Opladen, S. 7 ff.
- Baethge, M. (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität - Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit, Soziale Welt, Vol. 42 (1), S. 6-19.
- Baethge, M.; Baethge-Kinsky, V. (2002): Arbeit - die zweite Chance, Zum Verhältnis von Arbeitserfahrungen und lebenslangem Lernen, in: Weiterbildungsforschung, A.b. (Hrsg.) Kompetenzentwicklung 2002, Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur, München, Berlin, S. 69-140.
- Baethge, M.; Bartelheimer, P. (2002): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Leistungsfähigkeit in Deutschland, SOFI-Mitteilungen Nr. 30, Juni 2002, Vol., S. 27-45.
- Beckert, J. (1999): Ökonomische Rationalität und die Einbettung wirtschaftlichen Handelns, in: Paul, A.T. (Hrsg.) Ökonomie und Anthropologie, Berlin, S. 89-101.
- Bieling, H.-J. (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung, Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster.
- Bogun, R. (1996): Was heißt ‚ökologische Lebensstile‘? Fragen und Anmerkungen zum Verhältnis von Lebensstilanalyse und sozialwissenschaftlicher Umweltforschung, Bremen (Universität Bremen, ZWE ‚Arbeit und Region‘, Arbeitspapiere 26)
- Bourdieu, P. (1998): Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz.
- Boyer, R. (2002): La théorie de la régulation à l'épreuve des années quatre-vingt-dix, Postface à l'édition de 2002; in: Boyer, R., Saillard, Y. (eds): Théorie de la régulation; l'état des savoirs, Paris, S. 531-550.
- Boyer, R.; Saillard, Y. (eds) (2002): Théorie de la régulation; l'état des savoirs, Paris (Éditions La Découverte).
- BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland, Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel, Boston, Berlin.
- Bundesministerium für Umwelt/Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hrsg.) (1993): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro: Agenda 21, Bonn.
- Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland, Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin.
- Busch-Lütj, C. (1992): Nachhaltigkeit als Leitbild des Wirtschaftens, Politische Ökologie, Vol. 1992, S. 6-15.
- Byzio, A.; Heine, H.; Mautz, R.; Rosenbaum, W. (2002): Zwischen Solidarhandeln und Marktorientierung, Ökologische Innovation in selbstorganisierten Projekten - autofreies Wohnen, Car Sharing und Windenergienutzung, Göttingen.
- Deutscher Bundestag (1998): Konzept Nachhaltigkeit - vom Leitbild zur Umsetzung, Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung, BT-Drs. 13/11200, Berlin.
- Diewald, M. (1990): Wandel von Lebensformen - eine Entsolidarisierung der Gesellschaft durch Individualisierung, Gegenwartskunde, Vol. 39, S. 165-176.
- Empacher, C.; Wehling, P. (2002): Soziale Dimension der Nachhaltigkeit, Theoretische Grundlagen und Indikatoren, Frankfurt am Main.
- Esping-Andersen, G. (1999): Politics Without Class: Postindustrial Cleavages in Europe and America, in: Kitschelt, H.; Lange, P.; Marks, G. u. a. (Hrsg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge, UK, S. 293-316.

- Europäische Kommission (2001): Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU 1999-2001: Arbeit, Zusammenhalt, Produktivität, Luxemburg.
- Ferrera, M.; Hemerick, A.; Rhodes, M. (2000): The Future of Social Europe: Recasting Work and Welfare in the New Economy, Milan, Leiden, Florence.
- Forrestier, V. (1999): Der Terror der Ökonomie, Wien.
- Frohn, J. (2002): Zur Erweiterung von ökonomischen Umweltmodellen um soziale Komponenten, in: Hartard, S.; Stahmer, C. (Hrsg.): Magische Dreiecke, Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, Marburg, S. 89-104.
- Geißler, R. (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands, 3., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden.
- Gestring, N.; Heine, H.; Mautz, R.; Mayer, H.-N.; Siebel, W. (1997): Ökologie und urbane Lebensweise, Untersuchungen zu einem anscheinend unauflösbaren Widerspruch, Braunschweig, Wiesbaden.
- Habermas, J. (1987): Theorie des kommunikativen Handelns; Band II, 4. Auflage, Frankfurt am Main.
- Habermas, J. (1990): Vorwort zur Neuauflage von 1990, in: ders. (Hrsg.) Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt am Main, S. 11-50.
- Habermas, J. (1996): Die Einbeziehung des Anderen, Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main.
- Hauff, V. (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundtlandbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Genf.
- Heller, A. (1978): Das Alltagsleben, Frankfurt am Main.
- Heming, R. (2000): Systemdynamiken, Lebenswelt und Zivilgesellschaft - Zeitdiagnostische Aspekte der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas, in: Schimank, U.; Volkmann, U. (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I, Eine Bestandsaufnahme, Opladen, S. 57-73.
- Hobsbawm, E. (1994): The Age of Extremes; A History of the World, 1914-1991, London.
- Hradil, S.; Immerfall, S. (1997): Einleitung: Auf dem Wege zur europäischen Gesellschaft?, Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, S. 11-25.
- Hübner, K.; Mahnkopf, B. (1988): Einleitung, in: Mahnkopf, B. (Hrsg.) Der gewendete Kapitalismus, Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster, S. 7 ff.
- Jessop, B. (2001): Nach dem Fordismus: Das Zusammenspiel von Struktur und Strategie, das argument 239, 43. Jg., Vol. 1/2001, S. 9 ff.
- Kocka, J. (2002): Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945, Bonn.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991): Schlussbericht des Zweiten Europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989, Brüssel.
- Konietzka, D. (1995): Lebensstile im sozialstrukturellen Kontext: Ein theoretischer und empirischer Beitrag zur Analyse soziokultureller Ungleichheiten, Opladen.
- Lefebvre, H. (1974): Kritik des Alltagslebens, Bände 1-3, München.
- Lessenich, S. (1998): Dynamischer Immobilismus - Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell, in: Cattero, B. (Hrsg.) Modell Deutschland - Modell Europa, Probleme, Perspektiven, Opladen, S. 287-307.
- Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation', Prokla 58, S. 109 ff.
- Lüdtke, A. (1978): Alltagswirklichkeit, Lebensweise und Bedürfnisartikulation, Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, Vol. 11, Frankfurt am Main, S. 311 ff.
- Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität : eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main; New York.
- Mahnkopf, B. (1988): Soziale Grenzen 'fordistischer Regulation', in: Mahnkopf, B. (Hrsg.) Der gewendete Kapitalismus, Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster, S. 99 ff.
- Marglin, S.; Schor, J. (Hrsg.) (1990): The Golden Age of Capitalism, Oxford.
- Marx, K.; Engels, F. (1967): Marx / Engels - Werke, Band 37, Berlin.
- Mayer, K.-U. (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortungleichheit und Lebensverläufe, in: Berger, P.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen, S. 27-47.
- Mayer-Ahuja, N. (2003): Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen 'Normalarbeitsverhältnis' zu prekärer Beschäftigung seit 1973, Berlin.
- Merton, R.K. (1957): Social Theory and Social Structure, Glencoe, Ill.
- Meyer, B. (2002): Die Ergänzung des umweltökonomischen Modells PANTA RHEI um die soziale Dimension, in: Hartard, S.; Stahmer, C. (Hrsg.): Magische Dreiecke, Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, Marburg, S. 105-127.
- Meyer, T. (2002a): Private Lebensformen im Wandel, in: Geißler, R. (Hrsg.) Die Sozialstruktur Deutschlands, 3., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden, S. 401-433.
- Müller, H.-P. (1989): Lebensstile - ein neues Paradigma der Differenzierungs- und Ungleichheitsforschung?;, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 41 (3), S. 53-71.
- Neckel, S. (2003): Die Marktgesellschaft als kultureller Kapitalismus, Zum neuen Synkretismus von Ökonomie und Lebensform, Mitteilungen, Institut für Sozialforschung, Vol. 14; April 2003, S. 7-21.
- Odierna, S. (2000): Die heimliche Rückkehr der Dienstmädchen. Bezahlte Arbeit im privaten Haushalt, Opladen.

- Ostner, I. (1998): Quadraturen im Wohlfahrtsdreieck. Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich, in: Lessenich, S.; Ostner, I.H. (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive., Frankfurt am Main, New York, S. 225-252.
- Ostner, I.; Lewis, J. (1998): Geschlechterpolitik zwischen europäischer und nationalstaatlicher Regelung, in: Leibfried, S.; Pierson, P. (Hrsg.): Standort Europa, Europäische Sozialpolitik, Frankfurt am Main, S. 196-239.
- Polanyi, K. (1978) [1944]: The Great Transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.
- Polster, W. (1991): Wandlungen der Lebensweise im Spiegel der Konsumententwicklung - Vom Dienstleistungskonsum zum demokratischen Warenkonsum, in: Voy, K.; Polster, W.; Thomasberger, C. (Hrsg.): Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise, Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989), Band 2, Marburg, S. 193-262.
- Rat der Europäischen Gemeinschaft (1984): Beschluss vom 19. Dezember 1984, Abl. Nr. L 2/24.
- Rat der Europäischen Union (2001): Europäische Sozialagenda (auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza am 7., 8. und 9. Dezember 2000 angenommen), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 30.05.2001, C157/4 ff.
- Reusswig, F. (1994): Lebensstile und Ökologie, Gesellschaftliche Pluralisierung und alltagsökologische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Energiebereichs, Frankfurt am Main.
- Schimank, U. (2000): Pierre Bourdieus Analyse gesellschaftlicher Exklusionstendenzen, in: Schimank, U.; Volkmann, U. (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I, Eine Bestandsaufnahme, Opladen, S. 171-198.
- Schulze Buschoff, K. (2000): Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben, WZB (P00-511), Berlin.
- Schumann, M. (2003) [1999]: Das Lohnarbeiterbewusstsein des „Arbeitskraftunternehmers“, in: Schumann, M. (Hrsg.): Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein, kritische Industriosozologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik, Hamburg, S. 99-106.
- Stahmer, C. (2002): Sozio-ökonomische Input-Output-Rechnung, Wiesbaden.
- Therborn, G. (2000): Die Gesellschaften Europas 1945-2000, Frankfurt am Main, New York.
- Townsend, P. (1979): Poverty in the United Kingdom, A Survey of Household Resources and Standards of Living, Harmondsworth.
- Voß, G. (1991): Lebensführung als Arbeit, Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft, Stuttgart.
- Voß, G. (1995): Von der „Arbeitsteilung der Person“ zur „Alltäglichen Lebensführung“, Entwicklung und Eckpunkte des theoretischen Konzepts, in: Lebensführung, P.A. (Hrsg.) Alltägliche Lebensführung, Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung, Opladen, S. 23-44.
- Voy, K.; Polster, W.; Thomasberger, C. (1991): Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise, Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989), Band 2, Marburg.
- Wittemann, K.P. (1996): Warum sollte sich die Industriosozologie mit den Veränderungen von Konsumformen befassen? Plädoyer für einen anderen Zugriff auf industrielle Restrukturierung, SOFI-Mitteilungen 23, Vol., S. 119 ff.
- Wittke, V. (1996): Wie entstand industrielle Massenproduktion? Die diskontinuierliche Entwicklung der deutschen Elektroindustrie von den Anfängen der „großen Industrie“ bis zur Entfaltung des Fordismus (1880-1975), Berlin.
- Zapf, W. (1989): Über soziale Innovationen, Soziale Welt 1/2, 1989, Vol. 40, S. 170-183.
- Zapf, W. (2003): Modernisierung und Wohlfahrtsentwicklung, Berlin.
- Zapf, W. u.a. (1987): Individualisierung und Sicherheit, Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, München.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Drei Ziele - ein Weg, Bonn.